

Dann danke ich Ihnen und schließe an dieser Stelle die Aussprache, weise aber mit Blick auf die Uhr darauf hin, dass wir uns in der abstimmungsfreien Mittagszeit befinden und wir somit die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion und über den Einzelplan 14 nach Beratung und Abstimmung über den Einzelplan 08 nachholen werden.

Ich rufe auf:

Einzelplan 08
Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

- a) **Kommunales und GFG**
- b) **Heimat, Bauen und Wohnen**
- c) **Gleichstellung**

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1508

Änderungsantrag

der Fraktion der AfD
Drucksache 17/1545

Wir steigen ein in die Beratung von Teilbereich

a) Kommunales und GFG

In Verbindung mit:

Zweisprachige Bezeichnung auf Ortstafeln ermöglichen – Lokale Identität stärken!

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/1437

Die Aussprache wird durch den Kollegen Dahm von der SPD-Fraktion eröffnet.

Christian Dahm (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Beim Entwurf der Mitte-rechts-Regierung für das Gemeindefinanzierungs-gesetz 2018 zeigen sich eklatante Schief-lagen.

Der Gesetzentwurf für das GFG sieht zum großen Teil noch die gleichen Parameter wie das GFG 2017 vor. Dass Sie während unserer Regierungszeit beschlossene Strukturen und Parameter übernehmen, freut uns sehr, und das begrüßen wir als SPD-Landtagsfraktion.

(Henning Höne [FDP]: Das wird nicht so bleiben! – Sven Wolf [SPD]: Das ist eine Drohung, Herr Höne!)

– Ja, ich glaube auch, dass das nicht so bleibt.

Die Summe, die 2018 über das GFG ausgeschüttet wird, soll sogar gegenüber 2017 auf den Betrag von 11,7 Milliarden € wachsen – das hat der Finanzminister heute Morgen schon dargestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 1,1 Milliarden € mehr. Ich sage aber ganz deutlich: Ursache hierfür sind die gestiegenen Einnahmen bei den Verbundsteuern. Das ist keine politische Leistung Ihrer Regierungstätigkeit. Ganz im Gegenteil: Sie nehmen den Kommunen noch einen Teil dessen weg, was ihnen eigentlich zu-steht; dazu komme ich aber später noch.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit bei den Investitionspauschalen tragen wir mit. Das ist ein Wunsch der kommunalen Familie, und wir stehen durchaus dahinter.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Dahm, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Ott würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen

Christian Dahm (SPD): Ja, bitte.

(Ministerin Ina Scharrenbach nimmt auf der Regierungsbank Platz.)

Jochen Ott (SPD): Es hat sich schon erledigt, weil die Ministerin hereingekommen ist. Wir sind ja in der Zeit, und es wäre gut, wenn die zuständige Ministerin der Debatte folgen würde. Danke.

(Henning Rehbaum [CDU]: Was ist jetzt die Frage? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hat etwas mit Respekt zu tun!)

Christian Dahm (SPD): Ich freue mich, dass die Ministerin nun auch bei den sie betreffenden Haushaltsberatungen anwesend ist. Herzlich willkommen! – Ich hätte sie jetzt auch begrüßt, Herr Kollege Ott.

Ich setze fort: Im Rahmen der Änderung des Stärkungspaktgesetzes wollen Sie jedoch die Abundanzumlage in Höhe von insgesamt 91 Millionen € zum Jahr 2018 – also im kommenden Jahr – ersatzlos abschaffen. Korrespondierend soll der Vorwegabzug im GFG zur Finanzierung des kommunalen Anteils im Stärkungspakt in drei Schritten verringert werden.

Die geplante Streichung der Abundanzumlage im Stärkungspakt lehnen wir strikt ab. Das sage ich ausdrücklich, und das wird Sie sicherlich nicht überraschen.

Die Finanzierung durch die kommunale Solidargemeinschaft erfolgte bisher zum einen durch einen Vorwegabzug aus der Finanzausgleichsmasse nach

dem GFG, zum anderen wurden abundante Kommunen bisher über die Abundanzumlage zur Finanzierung herangezogen. Ohne die Abundanzumlage würde der kommunale Anteil der finanziellen Mittel für den Stärkungspakt von 300 Kommunen ausschließlich über den Vorwegabzug im GFG aufgebracht. Steuerstarke Kommunen, die nicht auf Schlüsselzuweisungen angewiesen sind, würden bei der Finanzierung völlig außen vor bleiben. Das ist nicht gerecht, das wäre nicht solidarisch, und das spaltet die kommunale Familie.

(Beifall von der SPD)

Die Abundanzumlage wurde 2014 eingeführt, um eine faire und gleichmäßige Lastenverteilung zwischen allen Kommunen bei der Finanzierung des Stärkungspakts sicherzustellen. Eine Abschaffung unter Beibehaltung des Vorwegabzugs führt zu ungerechten Verschiebungen zulasten finanzschwacher Städte. Sie stärken finanzstarke Kommunen, Sie schwächen weiterhin die Finanzschwachen.

Während die nachhaltig abundanten Kommunen bereits 2018 vollständig von der Mitfinanzierung befreit werden, soll der Vorwegabzug für die übrigen 300 Kommunen nur langsam über die nächsten drei Jahre hinweg absinken. Rein rechnerisch werden dabei die Einwohner in finanzstarken Kommunen jährlich um mehr als 40 € je Einwohner entlastet, während die Absenkung des Vorwegabzugs bei den übrigen Kommunen lediglich 2 € beträgt.

Das bedeutet, dass bis 2020 die Entlastung der nachhaltig abundanten Kommunen insgesamt zehnmal höher ausfällt als bei den Schlüsselzuweisungsempfängern.

(Henning Höne [FDP]: Die Belastung war ja auch viel höher!)

Dies untermauert, Kollege Höne, einmal mehr die Schiefelage, die durch Ihre geplanten Änderungen entstehen – ganz davon abgesehen, dass Sie keine zusätzlichen Mittel zur Gegenfinanzierung bereitstellen, sondern lediglich einen vorgezogenen Rückgriff auf frei werdende Mittel zum Stärkungspakt vorsehen.

Ein weiterer Kritikpunkt – Herr Kollege Zimkeit ist heute Vormittag schon kurz darauf eingegangen –: Im Zuge der Berechnung des GFG besteht ein Zusammenhang mit der Ermittlung der Verbundmasse. Damit komme ich zum Thema „Integrationspauschale“.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, forderten vor der Landtagswahl die Weiterleitung der vom Bund zur Verfügung gestellten Integrationspauschale an die Kommunen. Heute wollen Sie nichts mehr davon wissen. Vielmehr nehmen Sie den Städten und Gemeinden noch etwas weg.

Beim GFG haben Sie auch für die Einnahmen aus der Integrationspauschale des Bundes, die es in den Jahren 2016 und 2017 gegeben hat, eine Bereinigung vorgenommen, obwohl Sie die Integrationspauschale nicht weitergeben. Sie hätten das Ganze also in die Verbundmasse einrechnen müssen; denn darüber steht den Städten und Gemeinden Geld zur Verfügung. Sie entziehen somit den Städten in Nordrhein-Westfalen weitere 175 Millionen €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Mitte-rechts-Koalition, damit wird deutlich: Verlierer Ihrer Haushaltsberatung und GFG-Bereinigung sind die Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Diese haben einen Anspruch darauf, deutlich mehr Mittel aus der Verbundmasse zu bekommen. Sie haben erneut Wortbruch begangen und schaffen es durch Trickserien, den Anteil, der den Kommunen zusteht, zu schmälern.

Ihre vollmundigen Versprechen vor der Landtagswahl sind längst vergessen. Das ist Ihr neues Bild der Mitte-rechts-Regierung – ein Bild, so schwarz gefärbt, dass Sie die Passagen aus Ihrem Wahlprogramm nicht mehr entziffern können oder es wahrscheinlich nicht wollen. Unsere Städte und Gemeinden haben Besseres verdient.

Wir lehnen daher die Änderungen zum GFG im Stärkungspaktgesetz ab; denn sie sind ungerecht und nachteilig für unsere Städte und Gemeinden.

Lassen Sie mich zum Schluss etwas zu Ihrem Highlight der beiden Plenartage sagen, nämlich zum Antrag der Mitte-rechts-Koalition zu zweisprachigen Ortseingangstafeln.

Nordrhein-Westfalen ist nicht Ostfriesland. In vielen Gegenden sind die Dialekte bereits ausgestorben. Es gibt noch einige wenige Ortsteile und ländliche Regionen, in denen Dialekt oder Plattdeutsch gesprochen wird. Es ist richtig, dass unsere Städte und Gemeinde diese Entscheidung treffen. Die Entscheidung muss vor Ort getroffen werden, ob auch der plattdeutsche Ortsname auf die Ortsschilder geprägt werden soll.

Es ist richtig, und davon bin ich überzeugt: Nur wenige Kommunen in Nordrhein-Westfalen werden davon Gebrauch machen. Wir werden uns bei Ihrem Antrag dazu enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Dahm. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Hoppe-Biermeyer.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Städte und Gemeinden spüren bereits jetzt nach nur einem halben Jahr die positive Wirkung der neuen Regierungspolitik. Der ländliche Raum wird

nicht mehr vernachlässigt. Das gegenseitige Ausspielen von Stadt und Land ist beendet.

An diesem Grundsatz orientieren sich der Einzelplan 08 und das GFG 2018, denn starke Kommunen sind das Fundament für Erfolg und Zusammenhalt im ganzen Land. Selbstverständlich geht es auch um eine Wertschätzung der Arbeit, die in den Kommunen im ehrenamtlichen wie im hauptamtlichen Bereich geleistet wird. In der Hauptsache aber geht es ums Geld.

Mit diesem Haushalt wird sichtbar, dass für uns die finanzielle Stärkung der Kommunen eine hohe Priorität hat. Rund 1,2 Milliarden € werden neben dem GFG für die Bereiche Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen aufgewendet. Zum Beispiel erhält der Landesverband Lippe einen Zuschuss in Höhe von 150.000 €, um sein Rechnungswesen von der Kameralistik auf das NKF umzustellen.

Wir sind Partner der Kommunen und werden sie stärken. Mit 11,7 Milliarden € enthält das GFG die höchste Zuweisung, die es je in Nordrhein-Westfalen gegeben hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das sind über eine Milliarde € mehr als 2017. Natürlich – da haben Sie Recht, Herr Dahm – ist das auch der Tatsache zu danken, dass die konjunkturelle Lage gut ist und das Steueraufkommen hoch ist. Das Wichtigste ist aber: Wir stellen jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft.

Wie versprochen, streichen wir den Kommunal-Soli. Kommunen, die bisher noch nicht ganz so finanzschwach sind, werden nicht weiter unnötig geschwächt. Knapp 91 Millionen € bleiben nun 2018 in den Kommunen.

Für die 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen bringt die schrittweise Absenkung des Vorwegabzugs Jahr für Jahr eine weitere finanzielle Verbesserung. Bisher lag der Vorwegabzug von der Finanzausgleichsmasse im GFG bei 185 Millionen €. Diesen Betrag werden wir in drei Schritten reduzieren – im Jahr 2018 um 31 Millionen auf 154 Millionen €, im Jahr 2019 um 61 Millionen auf 124 Millionen € und schließlich im Jahr 2020 um 91 Millionen auf 94 Millionen €.

Positiv angekommen ist in den Kommunen übrigens auch, dass die Sportpauschale und die Schulpauschale in Zukunft gegenseitig deckungsfähig und austauschbar sind.

(Beifall von der CDU – Beifall von Henning Höne [FDP])

Herr Dahm, ich bin überrascht. Im Sportausschuss klang das noch anders. Da war die gegenseitige Deckungsfähigkeit eher ein Kritikpunkt. Dass Sie jetzt dahinterstehen, überrascht mich, aber es freut mich natürlich auch. Die Verantwortlichen vor Ort wissen

nämlich selbst am besten, was sie benötigen und wo sie fördern und investieren wollen. Wir vertrauen unseren Städten und Gemeinden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nicht vergessen werden sollte, dass erstmals seit 2009 die beiden Pauschalen um 13 Millionen € erhöht worden sind. Insbesondere kleine Gemeinden werden davon profitieren. Der Sockelbetrag bei der Sportpauschale steigt von 40.000 € auf 60.000 €.

Erstmals fließen 2018 zusätzliche 217,4 Millionen € vom Bund in die Gemeindefinanzierung ein – eine weitere Entlastung der Kommunen.

Kommunalfreundlich haben wir auch das Unterhaltsvorschussgesetz gestaltet. Der Kreis der Leistungsempfänger wurde vom Bund zwar erweitert, aber gleichzeitig wurde durch das Land der kommunale Kostenanteil reduziert. Dadurch bleiben die tatsächlichen Kosten für die Kommunen weitgehend konstant. Schon in diesem Jahr wird das Land hier 45 Millionen € mehr bereitstellen. Im kommenden Jahr werden es voraussichtlich rund 100 Millionen € sein.

Außerdem erhält Nordrhein-Westfalen aus der zweiten Tranche des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes vom Bund mehr als 1,1 Milliarden €.

Wir werden uns in den nächsten fünf Jahren um die Interessen der Kommunen kümmern. Das gilt im Großen wie im Kleinen. Ein gut passendes kleines Beispiel ist die jetzt von uns beantragte zweisprachige Bezeichnung auf Ortsschildern.

(Sven Wolf [SPD]: Das ist wirklich ein kleines Beispiel!)

Wenn gewünscht, sollen Kommunen in Zukunft die Möglichkeit haben, ihren hochdeutschen Namen um die entsprechende niederdeutsche Bezeichnung zu erweitern. In den Regierungsbezirken Detmold und Münster, Herr Dahm, sprechen noch 12 % den Dialekt. Nun muss ich zugeben, dass das Plattkuiern nicht zu meinen Kernkompetenzen zählt. Das gebe ich auch wirklich zu.

Dabei haben meine Eltern, bis sie eingeschult wurden, ausschließlich Plattdeutsch gesprochen. Erst in der Schule lernten sie Hochdeutsch. Bei uns zu Hause sprachen sie miteinander Plattdeutsch, mit uns Kindern Hochdeutsch. Darum verstehe ich alles, spreche es aber nicht fließend.

Das bedauere ich, denn Plattdeutsch bietet so viel. Die Dialekte unterscheiden sich von Ort zu Ort. Bei uns zu Hause in Delbrück – also in Diälbrügge – heißt die Wiese zum Beispiel Weihe, nur ein paar Hundert Meter weiter in Rietberg – also im Röwschken –, dort, wo unser Landtagspräsident André Kuper lange Bürgermeister war, dagegen Weysche.

Diese sprachliche Vielfalt ist ein gutes, wichtiges Stück lokales Kulturgut, das es zu erhalten gilt. Zweisprachige Ortseingangsschilder können dazu beitragen. Außerdem stärken sie die lokale Identifikation und vermitteln ein Gefühl von Heimat. Kleiner Aufwand – große Wirkung!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gute Politik dreht auch an kleinen Rädern. Ich bin gespannt, ähnlich wie Sie, Herr Dahm, wie viele Orte von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Wohl mehr, als Sie denken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hoppe-Biermeyer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Mostofizadeh.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kannst du vieles wiedergutmachen!)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da mich Kollege Hovenjürgen so freundlich zu dieser Haushaltsdebatte eingeladen hat, spreche ich seinen Nachnamen wenigstens vernünftig aus. Im Gegensatz dazu darf er bei meinem Nachnamen noch trainieren.

Deswegen freue ich mich darauf, demnächst Münster in Sorbisch zu lesen. – Ganz kleine Räder, Herr Kollege Hoppe-Biermeyer, dreht die Politik bei diesem Thema, wobei es eigentlich ein ganz großes Rad werden könnte, zu dem Thema „Minderheiten“ zu sprechen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es wäre doch eine prima Idee, wenn Sie schon Schleswig-Holstein zum Thema machen, darüber nachzudenken, wie das mit unseren Minderheiten aussieht, zum Beispiel mit Sinti und Roma, die eine über 500 bis 600 Jahre dauernde Geschichte – auch in Nordrhein-Westfalen – haben. Allein 50.000 deutsche Sinti leben in Deutschland. Da könnten wir uns doch mal mit deren kulturellen Identität auseinandersetzen und diese Fragen im Ausschuss intensiv diskutieren. Deswegen freuen wir uns über diese Debatte ganz ausdrücklich.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ob eine veränderte Schreibweise von Straßennamen uns so weit nach vorne bringt, werden wir sehen.

Wir werden uns bei diesem Antrag – ähnlich wie die Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokraten –

enthalten. Aber der Gesetzentwurf ereilt uns aller Voraussicht nach, und ich denke, in den Anhörungen wollen wir uns ausführlich mit dem Thema befassen.

Ich würde gerne mit dem zweiten Punkt, dem Thema „Integrationspauschale“, anfangen. Wir haben uns schon intensiv über die Art und Weise der Weitergabe unterhalten. Ich will Sie hier nicht quälen, weil wir schon dreimal gesagt haben, dass insbesondere die Kolleginnen und Kollegen der CDU gefordert haben, jeden Cent an die Kommunen weiterzugeben und seit dem 15. Mai nichts mehr davon wissen wollen. Diese Haltung der CDU halte ich – dabei bleibe ich auch – nach wie vor für Wahlbetrug.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will das auch einbetten, weil wir auch die Unterschiede betrachten müssen, weil Sie immer sagen: Rot-Grün hat das auch nicht gemacht. – Ich möchte nur auf zwei Zahlen hinweisen. In Kapitel 07 095 des Einzelplans, der direkt neben Einzelplan 08 liegt, sind nämlich die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung nach Flüchtlingsaufnahmegesetz aufgeführt.

Gegenüber 2016 plant die Regierung für 2018 – möglicherweise wird das gar nicht gebraucht – mit 1,2 Milliarden € weniger Ausgaben allein nach dem FlÜAG und mit 400 Millionen € weniger Kosten für das Land selber für die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Das sind völlig andere Ausgangsbedingungen, als Rot-Grün sie hatte, und trotzdem leiten Sie von der Integrationspauschale nicht einen einzigen Cent an die Kommunen in Nordrhein-Westfalen weiter. An der Stelle sind Sie völlig unglaubwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Beim Stärkungspakt – das hat der Kollege eben angedeutet – schaffen Sie erst den Soli ab, anstatt auf der anderen Seite diejenigen zu entlasten, die es eigentlich brauchen, nämlich die Kommunen beim Vorwegabzug besserzustellen. Das ist ein vergleichbarer Betrag, den Sie ohne größere Probleme aus dem Haushalt finanzieren und gegenfinanzieren könnten. Das machen Sie ausdrücklich nicht.

Jetzt zu den Trickereien, die sich gerade im Kommunalbereich widerspiegeln: Sie haben von den Krankenhausinvestitionen eine schwarze Kasse gebildet, indem Sie die Kostenlast von 100 Millionen € von 2017 auf 2018 verschieben. Damit sind die Investitionen in die Krankenhäuser auf dem niedrigsten Stand dieses Jahrzehnts angekommen, wenn man allein die Landesgelder betrachtet.

(Sven Wolf [SPD]: Eine dauerhafte Entlastung der Kommunen ist es auch nicht!)

Ein zweiter Punkt, bei dem Sie die Kommunen mit allen Tricks an der Nase herumführen wollen – Sie haben eben das Beispiel Sportausschuss gebracht –, ist die Schul- und Bildungspauschale

bzw. die Sportpauschale. Durch die Operation, die Sie da vornehmen, kommt nicht ein einziger Cent mehr in die kommunalen Kassen. Da, Herr Kollege Hoppe-Biermeyer, kann ich nur sagen: Sie vertrauen den Kommunen? – Das ist doch lächerlich, wenn Sie sagen, die Dynamisierung würde zu mehr Ausgabemitteln führen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Der letzte Punkt, den ich gerne anführen möchte, ist das Verhältnis zu den Kommunen und der Umgang mit den Kommunen. Das Thema „Krankenhausfinanzierung“ haben Sie in einer Weise an die Kommunen gebracht, dass die aus der Zeitung erfahren haben, 100 Millionen € zusätzlich investieren zu müssen. Da hat selbst der schwärzeste Christdemokrat, nämlich Herr Kollege Schneider, aufschreiben müssen, dass das kein Umgang mit den Kommunen ist und Sie schon zu Beginn der Legislaturperiode die Kommunen nicht ernst nehmen und im Regen stehen lassen. – Das ist kein guter Start.

Eine letzte Bemerkung, Frau Ministerin: Nicht einen Cent unterscheidet dieses GFG von einem rot-grünen GFG. Allein die Konjunktur hilft Ihnen. Das ist gut, dass es den Kommunen an der Stelle besser geht, aber Ihre verbesserten Ausgangsbedingungen – weniger Ausgaben für Flüchtlinge, weniger Kosten an anderer Stelle – geben Sie gerade nicht an die kommunale Familie weiter. Deswegen sind Sie an der Stelle auch unglaublich.

Bei den anderen Versprechungen werden wir im nächsten Jahr gucken, welche Sie halten, und bei welchen Sie wieder mit leeren Händen dastehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Höher, schneller, weiter“, das scheint heute das Motto der Opposition in dieser Haushaltsdebatte zu sein. Das Problem ist nur, liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird der Sache nicht gerecht. Wenn man sich mit der Sache beschäftigt, also beim GFG mit den Zahlen, stellen wir erst mal fest: Dank der guten konjunkturellen Lage steigt der Verbundbetrag, der an die Kommunen fließt, deutlich an: im Vergleich zum Vorjahr um gut 10 % auf knapp 11,7 Milliarden €.

Diese gute Nachricht ist auch bitter notwendig. Denn mit dem Beginn der NRW-Koalition, mit der Regierungsübernahme, war der Schuldenstand bei den Kommunen bei einem Rekord in Höhe von 63 Milliarden € angekommen.

Vor diesem Hintergrund, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben sich CDU und FDP darauf verständigt, den Stärkungspakt zu einer Kommunalen Kredithilfe weiterzuentwickeln. Das wird in dieser Plenarwoche noch mal Thema sein. – Da ist wieder der Unterschied, der auch schon beim Stärkungspakt deutlich gemacht wurde: Wir wollen die entsprechende Hilfe erreichen, ohne dass es zu einer Vergemeinschaftung der Schulden innerhalb der kommunalen Familie kommt.

Die NRW-Koalition, liebe Kolleginnen und Kollegen, ruht sich aber nicht auf der höheren Verbundmasse aus, sondern das GFG 2018 zeigt erste der von uns geplanten Korrekturen und Weiterentwicklungen.

Beispiel eins: Die Sockelbeträge für die Bildungs- und Sportpauschale werden angehoben. Das stellt eine Stärkung insbesondere für diejenigen Kommunen dar, die dabei bislang sehr wenig erhalten haben. Aber perspektivisch wird eine Stärkung aller Kommunen durch eine substanzielle Anhebung im GFG 2019 folgen, darauf folgt eine Dynamisierung, weil wir nämlich auf eine dauerhafte Stärkung der Kommunen statt auf Einmalprogramme kurz vor Wahlen setzen, wie Sie das bei „Gute Schule“ gemacht haben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Beispiel zwei: Wir haben in der letzten Legislaturperiode viel über die Zweckbindung der Pauschalen diskutiert.

In der Tat: Eben sprach ich mit Kollegen der FDP, die Mitglied im Sportausschuss sind und die berichtet hatten, wie Frau Kraft in der letzten Sitzung des Sportausschusses noch gegen die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Pauschalen gewettert hat. Sie hat ausgeführt, was dort Schlimmes passieren würde und dass die Kommunen damit nicht richtig umgehen könnten. Jetzt würde gar kein Geld mehr in den Sport fließen.

Herr Kollege Dahm, vielleicht müssten Sie sich zwischen den Arbeitskreisen in der Fraktion ein bisschen besser abstimmen – oder vielleicht auch nur mit Frau Kollegin Kraft.

(Sven Wolf [SPD]: Herr Kollege Höne, wir haben nur gewarnt, dass der Streit eventuell in den Räten ausgetragen wird!)

Fest steht – das hat die Anhörung bestätigt; ich zitiere Claus Hamacher –: Dieser Vorschlag – er meint die gegenseitige Deckungsfähigkeit – ist nicht nur bei Einzelnen, sondern durchweg bei unserer Mitgliedschaft – ich will es nicht übertreiben – auf Begeisterung, aber zumindest auf viel Zustimmung gestoßen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Dann will ich noch einmal zum Kommunalsoli kommen, weil Sie das eben noch einmal angesprochen

haben. Ich finde es fast schon peinlich, wie sehr Sie versuchen, da das Haar in der Suppe zu finden. Es geht um eine Gesamtentlastung der kommunalen Familie in Höhe von fast 275 Millionen €, bei der im Ergebnis keine Kommune schlechtergestellt wird, aber viele Kommunen bessergestellt werden.

Herr Kollege Dahm, das will ich hier auch noch einmal sagen, denn Sie sprachen eben wieder von den abundanten Kommunen: Was heißt denn eigentlich „abundant“? – Reichlich vorhanden, im Überfluss. – Das haben wir doch oft genug beim Thema „Abundanzumlage“ diskutiert. Die Hälfte der Kommunen, der abundanten Kommunen, hat den Soli aus einem nicht ausgeglichenen Haushalt bezahlt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Bei allem Verständnis sage ich: Natürlich würden auch wir gerne noch mehr für die Kommunen tun – das ist überhaupt keine Frage –, aber am Ende des Tages muss auch das Gesamtableau stimmen. Zum Beispiel haben wir – das werden wir Ihnen immer wieder vorhalten müssen – mit dem Kita-Rettungspaket eine riesige Kraftanstrengung unternehmen müssen, um Ihre Versäumnisse aus sieben Jahren zu korrigieren. Das kommt den Kommunen direkt und unmittelbar zugute. Dass Sie dann an dieser Stelle weiterhin die Backen aufblasen, ist schon sehr bemerkenswert.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das Gleiche gilt übrigens auch bei den Kosten für die Flüchtlinge, beim Thema „FlüAG“. Im Moment gilt Ihr FlüAG. Das haben Sie beschlossen.

(Sven Wolf [SPD]: Mit den Kommunen gemeinsam!)

Sie haben ausgehandelt, wie hoch die Pauschale sein müsse. Wir überarbeiten das jetzt. Wir sind in Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Aber mit jedem Wort, mit dem Sie heute sagen, das FlüAG und die Pauschale reichten nicht aus, meinen Sie in Wahrheit sich selbst.

(Sven Wolf [SPD]: Wir haben doch einen konkreten Antrag gestellt! Stimmen Sie dem doch zu!)

Wir haben für die Kommunen weitere gute Perspektiven, echte 23 % von der Verbundmasse, die es geben soll. Das ist nur ein Beispiel. Wir setzen auf die dauerhafte Stärkung der Finanzkraft.

Herr Kollege Dahm, wenn ich das abschließend sagen darf: Man war versucht, „Bingo“ zu rufen, so oft, wie Sie den Begriff „Mitte-rechts“ benutzt haben. Ich empfehle Ihnen sehr, in die „WAZ“ vor einigen Wochen zu schauen. Tobias Blasius hat da von Sprachregelungen geschrieben, die den Eindruck von Geschlossenheit erwecken sollen. Das lässt tief in Ihre Fraktion blicken. Insbesondere heißt es da: Sind CDU und FDP erst einmal Mitte-rechts verortet,

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, wo denn sonst?)

sieht man sich selbst endlich mal wieder ein bisschen mehr links.

(Christian Dahm [SPD]: Das ist aber nicht verwerflich!)

Auch das lässt tief in die SPD-Fraktion blicken.

Abschließend, meine Damen und Herren, will ich nur kurz auf den Antrag zu den zweisprachigen Ortstafeln eingehen. Einerseits sagen Sie, das alles sei ganz gut, damit könne man regionale Identität stärken, und das könne vor Ort entschieden werden. Andererseits können Sie sich zu einer Zustimmung doch nicht durchreißen.

(Sven Wolf [SPD]: Durchreißen?)

Das finde ich schon ein bisschen komisch. Wir meinen: Das ist ein schönes Signal an die Kommunen vor Ort, das regionale Identität stärken kann. Das ist in anderen Bundesländern geübte Praxis. Insofern fände ich es schön, wenn Sie noch einmal in sich gehen und diesem Antrag zustimmen könnten.

Wir werben sowohl für diesen Antrag als auch für den Haushalt. – Guet goan!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Finanzausgleichsfragen sind naturgemäß Streitfragen. Gerade wenn alle betroffenen Gruppen unter teils sehr großen fiskalischen Defiziten leiden und sich entsprechenden Konsolidierungsforderungen gegenübersehen, ist völlige Einmütigkeit in Finanzausgleichsfragen nicht zu erwarten.

Wir als AfD-Fraktion sind der Meinung, dass wir beide Seiten beachten müssen: die der Kommunen und auch die des Landes. Dabei ist es wichtig, dass die Kommunen ihren Aufgaben nachkommen und den Bürgern umfangreiche Dienstleistungen anbieten können.

Für eine finanzielle Entlastung in vielen Kommunen hatte bereits die Abschaffung des sogenannten Kommunalsoli gesorgt. Mit dem Wegfall der Zwangsabgabe für einige Kommunen, die die Vorgängerregierung durchgesetzt hatte, war schon eine Entlastung von über 90 Millionen € verbunden. Dieser Betrag wird vollständig von der Landeskasse bezahlt.

Finanzielle Verbesserung bringt zudem die Absenkung des sogenannten Vorwegabzugs im Gemeindefinanzierungsgesetz. Diese Regelung war zur zu-

sätzlichen Finanzierung des Stärkungspaktes eingeführt worden, womit die Vorgängerregierung den Kommunen direkt Gelder entzogen hatte. Mit dem GFG wird dieser Vorwegabzug um 31 Millionen € abgebaut.

Die AfD-Fraktion begrüßt die Abschaffung des Kommunal-Solis. Hiermit wurden die Gemeinden bestraft, die in der Vergangenheit gut gewirtschaftet hatten. Dennoch müssen einzelne Fälle berücksichtigt werden, bei denen unter anderem die Zuwanderung die Finanzen der Kommune in Schieflage gebracht hat.

Für uns stellt sich hierbei die Frage, wie die Landesregierung dieses Problem der steuerschwachen Kommunen, die durch die Zuwanderung doppelt belastet sind, ausgleichen will.

In der Anhörung wurde deutlich, dass die Landesregierung bis dato keine Idee für eine geeignete Anschlussfinanzierung zum Stärkungspakt hat. Eine ersatzlose Streichung würde jedoch besonders finanzschwachen Kommunen ihrem Schicksal überlassen und könnte zu einem gefährlichen Ausbluten dieser Städte und Gemeinden führen. Dies muss nach dem Desaster um die Krankenhausfinanzierung auf jeden Fall verhindert werden.

(Beifall von der AfD)

Besonders jetzt müssen wir auf der Hut sein, da Land und Kommunen von den geringen Zinsen profitieren. Welche Vorkehrungen sind für den Landeshaushalt getroffen – das hatten wir heute schon –, wenn es zu steigenden Zinsausgaben kommt? Hier sieht die AfD-Fraktion im Landtag einen erheblichen Nachholbedarf. Wir dürfen den Schuldenberg nicht noch mehr ansteigen lassen, und – das haben wir ebenfalls mehrfach gehört – das wollen wir auch nicht.

Kommen wir nun zum CDU/FDP-Antrag „Zweisprachige Bezeichnung auf Ortstafeln ermöglichen – Lokale Identität stärken!“ Obwohl ich kein Plattdeutsch oder keinen anderen Dialekt spreche, spricht mir der Antrag irgendwie aus dem Herzen. Deutschland ist reich an Dialekten. Diese Vielfalt gilt es, zu erhalten und zu fördern. Eine Förderung ist insbesondere immer dann sinnvoll, wenn der Wunsch aus dem Volk kommt. Spracherhalt und Sprachentwicklung muss immer aus der Mitte des Volkes kommen; daher funktioniert zum Beispiel das Diktat der Genderideologie in der Sprache auch absolut nicht.

(Beifall von der AfD)

„Lokale Identität stärken“ – wie Sie in der Überschrift des Antrags schreiben –, ist auch eines unserer Anliegen. Es ist allerdings nicht nur wichtig, lokale Identitäten zu stärken, sondern ebenso nationale, und zwar auch auf internationaler Ebene. Die EU hat vor einigen Jahren ohne Debatte das Kommissariat für Mehrsprachigkeit praktisch abgeschafft, und die deutsche Sprache wird auf EU-Ebene bekanntlich stiefmütterlich behandelt.

Meine Damen und Herren, genau wie wir eine erzwungene Einheitssprache für die Völker Europas für falsch halten, halten wir eine Einheitssprache für falsch. Die AfD setzt sich daher für den Erhalt der kulturellen Vielfalt in Europa ein. Gute Sprachpolitik fängt mit der Unterstützung von Dialekten an, aber sie muss weitergehen:

Wer sich für Plattdeutsch auf Ortsschildern in NRW einsetzt, sollte dafür sorgen, dass die Kinder in den Grundschulen von NRW zunächst einmal deutsch und nicht unbedingt direkt ab der ersten Klasse Englisch lernen.

Wer sich für Plattdeutsch auf Ortschildern in Nordrhein-Westfalen einsetzt, darf nicht zulassen, dass an Gerichten bei Zivilprozessen in englischer Sprache verhandelt wird. Diese abstruse Idee hatte vor wenigen Wochen der Justizminister von NRW, Peter Biesenbach, und die Presse kritisiert diesen Vorschlag zu Recht als gefährlich.

„Man kann eine Sprache gezielt kaputt machen, indem man die dazugehörige Kultur zerstört. ... Sprachen können sang- und klanglos verschwinden, wenn man nicht achtgibt!“

Diese beiden letzten Sätze stammen aus der Feder des Schriftstellers Herbert Genzmer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und FDP, lassen Sie uns gemeinsam auf das Plattdeutsch und das Hochdeutsch achten, und zwar überall und nicht nur auf den Ortschildern am Stadtrand. Die AfD-Fraktion wird den Antrag der Regierungskoalition unterstützen. – Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit. Um es auf Plattdeutsch zu sagen: Und tschüss!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Strotebeck. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben Ihnen als Nordrhein-Westfalen-Koalition mit der Gemeindefinanzierung 2018 einen Gesetzentwurf vorgelegt,

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

der Verlässlichkeit nicht nur atmet, sondern auch lebt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen und uns darüber ausgetauscht, wie wir die Gemeindefinanzierung für das kommende Jahr gestalten. Der

Wunsch der Spitzenverbände war, weil wir mit der Ingangsetzung der Regierung am 30. Juni bereits weit im Jahr fortgeschritten waren, die wesentlichen Planungsparameter zu belassen, weil sich die Kommunen schon in der Haushaltsaufstellung befänden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage, und zwar bei Herrn Mostofizadeh.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr gern.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Ministerin, ich hoffe, ich spreche Sie jetzt auch korrekt an. Sprechen Sie jetzt für die Landesregierung oder für die Koalition? Ich dachte, dass die Landesregierung den Haushaltsentwurf vorgelegt hat.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Die die Landesregierung stellende Nordrhein-Westfalen-Koalition. Wird es jetzt besser für Sie? Die Landesregierung legt diesen Gesetzentwurf vor, Herr Mostofizadeh.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD)

Wir haben insgesamt – deswegen wäre es schön, wenn Sie auch in der Summe zuhören würden – Verlässlichkeit für die Kommunen, für die Städte und für die Gemeinden für das Haushaltsjahr 2018 hergestellt; denn letztendlich erfolgt über die Gemeindefinanzierung eine Umverteilung insbesondere vom bundesdeutschen Steueraufkommen in die Städte und Gemeinden nach Nordrhein-Westfalen. In den nächsten Jahren sind es 11,7 Milliarden €, die wir umverteilen.

Es sind außerdem nicht nur Steuerwirkungen, die wir hier an die Städte und Gemeinden weitergeben, sondern auch handfeste Entscheidungen dieser Landesregierung. Im Gegensatz zu SPD und Grünen, die den Städten und Gemeinden jährlich 276 Millionen € über die Gemeindefinanzierung mit der Abundanzumlage, mit dem Vorwegabzug entzogen haben, entlastet diese Landesregierung die Städte und Gemeinden, indem wir die Abundanzumlage in Höhe von 91 Millionen € abschaffen und eine klare Perspektive zum Abschmelzen des Vorweg-Abzuges für die weiteren Städte und Gemeinden geben – aufwachsend mit über 30 Millionen € im Jahr 2018 über 60 Millionen € im Jahr 2019 und darüber hinaus. Das sind Perspektiven, die wir Städten und Gemeinden geben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Gestatten Sie mir deswegen: Ich finde es schon ein wenig vermessen, wenn die Vertreter, die in den vergangenen sieben Jahren die Städte und Gemeinden permanent belastet haben, sich jetzt in dieser Plenardebatte hinstellen und eine Entlastung fordern. Sie haben belastet, wir – CDU, FDP – entlasten. Bitte nehmen Sie das einfach zur Kenntnis.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus haben wir entschieden, die Entlastung, die das Land vonseiten des Bundes bekommt, nämlich 217 Millionen € im Rahmen des Länderfinanzausgleiches, eins zu eins, 100 % an die Kommunen auszukehren. Wenn Sie es genau übersetzen, sind das eigentlich 50 % der Integrationspauschale – für Sie als Hinweis. Diese 217 Millionen € hätten dem Landeshaushalt zugestanden. Wir haben gesagt, wir leiten das an die Städte und Gemeinden weiter, weil sie dieses Geld benötigen.

In diesen Mitteln in Höhe von 11,7 Milliarden € sind deswegen – obwohl Sie versuchen, das permanent kleinzureden – auch nicht nur Konjunkturreffekte enthalten, sondern handfeste Entscheidungen dieser Landesregierung zur Stärkung der Städte und Gemeinden und ihrer Handlungsfähigkeit.

Wir haben darüber hinaus sehr früh gesagt: Wir wollen bei der Gemeindefinanzierung für das Jahr 2018 Modernisierungen einziehen lassen. Das ist die gegenseitige Deckungsfähigkeit der Investitionspauschale. Denn die Städte und Gemeinden, die Stadträte wissen am besten, wo sie dieses Geld vor Ort investieren. Nicht wir aus Düsseldorf wollen das entscheiden, sondern die Städte und Gemeinden, die Stadträte, denen wir vertrauen, weil sie gewählt sind, weil sie legitimiert sind, weil sie zuständig und verantwortlich sind, sollen entscheiden, wo sie dieses Geld vor Ort investieren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Darüber hinaus haben wir gesagt: Wir wollen, dass die Mindestbeträge in der Schul- und Bildungspauschale sowie in der Sportpauschale endlich wieder steigen, und zwar das erste Mal seit 2009. Deswegen haben wir die Mindestbeträge in der Schul- und Bildungspauschale sowie in der Sportpauschale um jeweils 50 % angehoben. Ich persönlich kann überhaupt nicht nachvollziehen, dass Sie das als Vertreter der Opposition kritisieren, denn von dieser Aufstockung der Mindestbeträge bei der Schul- und Bildungspauschale profitieren 114 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Unter Ihrer Verantwortung waren es nur 67.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

In den Kreis Steinfurt gehen zusätzlich 1,1 Millionen €, in die zehn Städte und Gemeinden des Kreises Düren zusätzlich 909.000 €, in den Kreis Kleve

800.000 €, in den Kreis Lippe 568.000 €. Von der Erhöhung der Sportpauschale profitieren 207 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das finanzieren aber die Kommunen und nicht das Land! Das ist eine reine Umverteilung!)

Darunter ist übrigens auch – nur nachrichtlich – der Kreis Herford mit einem Plus von 75.000 € für die Städte und Gemeinden sowie der Oberbergische Kreis mit einer Erhöhung für den Sport von 108.000 €. Jetzt erklären Sie mir mal bitte, Herr Dahm, warum Sie das hier kritisieren

(Christian Dahm [SPD]: Das hat doch gar keiner kritisiert!)

und vor Ort gleichzeitig wahrscheinlich anders reden, was die Mindestbeträge angeht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir als Landesregierung haben von Beginn an deutlich gemacht, dass wir das, was Sie in den vergangenen sieben Jahren hier gemacht haben in Nordrhein-Westfalen, nämlich Städte und Gemeinden im ländlichen Raum gegen Städte im Ballungsraum auszuspielen, nicht fortsetzen.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das zahlt nicht das Land! Das ist reine kommunale Umverteilung!)

Das haben wir vom ersten Tag an so nicht gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin Scharrenbach, Entschuldigung, dass ich Sie erneut unterbreche, aber es wird Sie nicht wundern, dass Kollege Dahm Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen würde.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr gerne.

Christian Dahm (SPD): Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Ich bin schon irritiert, wenn Sie mir vorhalten, dass wir das kritisiert haben. Sie waren vielleicht nicht anwesend. Wie kommen Sie darauf, dass wir die Deckungsfähigkeit kritisieren? Ich gebe den Hinweis: Ich habe sehr deutlich gesagt, dass wir das durchaus unterstützen, weil es der Wunsch der kommunalen Familie ist.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Das ist durchaus korrekt, Herr Kollege Dahm. Sie haben die gegenseitige Deckungsfähigkeit begrüßt. Ich habe jetzt gerade

über die Erhöhung der Mindestbeträge in den beiden zweckgebundenen Pauschalen gesprochen.

(Christian Dahm [SPD]: Die hat auch keiner kritisiert! – Jochen Ott [SPD]: Das stand aber auf ihrem Zettel; da musste sie es auch vorlesen!)

Deshalb einmal zuhören, dann zurückgeworfen.

Kommen wir zurück zur Gemeindefinanzierung. Insofern sind das die Perspektiven, die wir geben, weil wir sagen: Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum haben genau den gleichen Anspruch an eine Landespolitik wie Bürgerinnen und Bürger, die in Städten leben. Wir spielen sie nicht gegeneinander aus, sondern es gibt Herausforderungen in beiden Räumen in Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung stellt sich diesen Herausforderungen und bietet dazu Lösungen an.

Die Erhöhung der Mindestbeträge bei der Schul- und Bildungspauschale und der Sportpauschale ist ein erster Schritt, weil nämlich diese Mindestbeträge insbesondere in den kleinen kreisangehörigen Raum gehen. Dort steht man im Besonderen vor Maßnahmen, was Schulerhaltung und Sporterhaltung angeht ganz im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden, über die wir hier reden.

Das sind die Veränderungen, die wir im Wesentlichen vorgenommen haben im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzierung. Wir haben Ihnen sehr frühzeitig ein noch von der Vorgängerregierung in Auftrag gegebenes Gutachten zur Weiterentwicklung der Gemeindefinanzierung für die Jahre 2019 fortfolgende vorgelegt.

Wir haben Ihnen auch frühzeitig angeboten, dass wir darüber mit Ihnen in den Dialog kommen wollen, wie wir die Gemeindefinanzierung in der Zukunft aufstellen. Wir haben angeboten, dass dazu auch die Gutachter im Januar direkt in den Ausschuss kommen und dort Rede und Antwort stehen, sodass wir – das ist jedenfalls unser Anspruch – versuchen wollen, zu einer möglichst breit aufgestellten Gemeindefinanzierung in der Zukunft zu kommen, die sowohl die Bedürfnisse im kreisfreien Raum als auch im kreisangehörigen Raum in den Blick nimmt und auch wahr.

Gestatten Sie mir abgesehen von der Frage nach der Gemeindefinanzierung darauf hinzuweisen, dass hier heute auch noch ein Antrag zu plattdeutschen Namen auf Ortsschildern gelesen wird. Sie können sich ja in der Zeitung oder in den Medien einlassen, wie Sie wollen; das steht Ihnen frei. Aber ob ein plattdeutscher Name auf einem Ortsschild erscheint, entscheidet ein gewählter und legitimer Stadtrat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Christian Dahm [SPD]: Wir schaffen die Voraussetzung dafür!)

Ich erwarte als Kommunalministerin, dass Sie die Entscheidungen der Stadträte in Nordrhein-Westfalen respektieren; erstens.

Zweitens. Man kann sich natürlich über plattdeutsche Namen auf Ortsschildern durchaus lustig machen; das kann man tun.

(Sarah Philipp [SPD]: Das hat niemand gemacht!)

Das steht Ihnen auch frei.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das hat niemand gemacht! Das sind bloße Unterstellungen!)

Aber damit treten Sie regionale Identitäten, und das können Sie nicht tun,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Man kann auch platt reden, ohne Platt zu verstehen! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist eine Unterstellung!)

weil dieses Land Nordrhein-Westfalen so eine hervorragende Vielfalt hat.

(Christian Dahm [SPD]: Wie kommen Sie darauf?)

– Lesen Sie doch mal Ihre Presseveröffentlichung und Ihre Veröffentlichungen im Internet zu dieser Fragestellung. Dann können Sie vielleicht nachvollziehen, warum ich das jetzt sage.

Die Wahrung auch des Niederdeutschen in Nordrhein-Westfalen hat viel mit Respekt und Wertschätzung der Örtlichkeiten und der Menschen vor Ort zu tun; deswegen werben wir dafür. Ob am Ende ein plattdeutscher Name auf einem Ortsschild steht, entscheidet ein demokratisch gewählter Stadtrat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Das hat Herr Dahm auch gesagt! – Christian Dahm [SPD]: Genau das habe ich gesagt!)

Insofern, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wenn Sie den Antrag heute beschließen mit Enthaltung oder Zustimmung, werden wir den Rahmen dafür schaffen, dass Stadträte das entscheiden können.

(Sarah Philipp [SPD]: Das haben wir verstanden!)

Den Grundsatz machen wir möglich. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Redepult. Sie haben vielleicht eben bemerkt, dass wir das Signal eingeschaltet haben. Es gibt eine Kurzintervention von Herrn Kollegen Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie haben einfach mit so vielen Unterstellungen gearbeitet, dass man da reagieren muss. Niemand hat sich darüber lustig gemacht, dass sorbische oder sonstige Namen auf Straßenschildern sind. Wir haben uns schlicht die Frage gestellt, ob das jetzt eine Priorität ist und ob nicht andere Fragen im Vordergrund stehen. Ich finde es nicht in Ordnung – um es vorsichtig auszudrücken –, dass Sie fast minutenlang auf uns einreden, als wenn wir das gemacht hätten. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zumindest für unsere Fraktion sehr klar zurück.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ein zweiter Punkt, weil Sie auch in diesem Zusammenhang mit Vehemenz zum wiederholten Male nicht das Richtige sagen: Mit keinem Cent finanzieren Sie den Kommunal-Soli gegen. Das sind alles Restmittel, die bereits eingezahlt sind. Ich habe mehrfach in Berichterstattergesprächen nachgefragt. Diese Landesregierung hat als Postulat formuliert, Rot-Grün hätte belastet, und Sie würden entlasten. Sie machen gar nichts anders. Sie vertrauen auch nicht den Kommunen. Sie haben den Kommunen vorgeschrieben, nach welchem Maßstab sie Bildungspauschale und Sportpauschale nutzen sollen. Ich finde, Sie sollten mit diesen Unterstellungen aufhören.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sonst werden wir uns mit Entschiedenheit dagegen wehren, Frau Ministerin, auch über die nächsten Jahre hinweg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke. – Frau Ministerin, jetzt haben auch Sie 90 Sekunden Zeit zur Erwiderung.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Herr Abgeordneter, in der Tat habe ich Ihre Einlassung zu der Frage, wie wir in Nordrhein-Westfalen mit Minderheiten umgehen, als sehr spannend aufgenommen. In der Tat werden wir darüber auch diskutieren, ohne Frage.

Sie haben aber gerade mit der Bemerkung eingeleitet, ob die Frage der plattdeutschen Namen auf Ortsschildern jetzt eine solche Priorität habe. Dem Verein der Niederdeutschen wird seit über sieben Jahren, egal wer die Landesregierung stellt, mit verschiedener Argumentation immer wieder gesagt: Nein, ihr kommt hier nicht vor. – Da sagen wir, dass dies offensichtlich ein sehr wichtiges Anliegen ist, zumal es entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse gibt. Wir respektieren diese Beschlüsse, wir respektieren die

regionalen Identitäten, und wir werden das Recht anpassen, um dies zu ermöglichen. Um mehr geht es bei dieser Fragestellung nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Schluss der Beratungen zum Teilbereich a), Kommunales und GFG.

Nunmehr kommen wir zur Aussprache zum Teilbereich

b) Heimat, Bauen und Wohnen

Ich darf für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Wolf das Wort erteilen.

Sven Wolf (SPD): Ich danke Ihnen. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich würde gern noch zu der letzten Debatte, die ich gerade gehört habe, etwas sagen. Ich will nur eine Äußerung aufgreifen, die hier eben gefallen ist: In der Politik werden auch einmal kleine Räder gedreht. – Herr Hoppe-Biermeyer, ich glaube, ich habe es richtig aufgeschrieben; so haben Sie das eben gesagt.

Frau Ministerin, Sie haben immer wieder erwähnt, dass es hier um Respekt und Wertschätzung geht. Wenn wir jetzt über den Bereich Heimat, Bauen und Wohnen sprechen, sollten wir uns mit Respekt und Wertschätzung einer der größten Alltagssorgen der Menschen in unserem Land widmen, nämlich der Frage, wie man in unserem Land eine bezahlbare Wohnung bekommt.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu gibt es auch eine sehr gute Datenbasis. Wenn Sie einen Blick in den Wohnungsmarktbericht NRW 2016 werfen, werden Sie sehen, dass darin sehr ausführlich dargestellt wird, wie sich die unterschiedlichen Regionen in Nordrhein-Westfalen entwickeln. Es gibt Bereiche, die stark wachsen; es gibt Bereiche, die stark schrumpfen; es gibt aber auch Regionen in unserem Land, die sich sehr uneinheitlich entwickeln.

Zieht man einen Strich darunter, stellt man fest – die NRW.BANK hat das für Nordrhein-Westfalen festgestellt –, dass bis zum Jahr 2020 in unserem Land ein Bedarf von 400.000 neuen Wohnungen besteht. Das heißt: Wir müssen uns gemeinsam anstrengen, jährlich 100.000 neue Wohnungen in diesem Land zu bauen.

Frau Ministerin, Sie haben hier im Juni dieses Jahres eine Spitzenposition im Ländervergleich übernommen, nämlich eine Spitzenposition, was den öffentlich geförderten Wohnraum angeht. Wir werden Sie

daran messen, inwieweit Sie diese Spitzenposition im Vergleich zu vielen anderen Bundesländern verteidigen werden.

Was ist Ihre Antwort in dem Einzelplan, über den wir jetzt beraten? – Sie haben uns hier einen wohnungspolitischen Scherbenhaufen hinterlassen. Denn dieses größte Alltagsproblem der Menschen in Nordrhein-Westfalen packen Sie nicht an. Sie reduzieren, Sie kürzen in der schwarz-gelben, in der Mitte-rechts-Koalition ...

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Damit Sie sich aufregen, habe ich es gesagt.

(Henning Höne [FDP]: Wenn Sie es brauchen, dann bitte sehr!)

Sie kürzen das jährliche Fördervolumen, Herr Höne, von 1,1 Milliarden € auf 800 Millionen €. Das heißt, dass Sie in den nächsten fünf Jahren diesem Bereich, für den eigentlich mehr Geld benötigt wird, 1,5 Milliarden € entziehen. Ich glaube, die Frage, ob damit das Ziel, 100.000 neue Wohnungen in unserem Land zu schaffen, erreicht werden kann, können Sie sich selbst beantworten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Ausschuss haben Sie in den Debatten immer wieder versucht, die Wohnungsförderung gegen die Eigenheimförderung zu stellen. Sie versuchen in den Debatten immer wieder, uns zu unterstellen, dass wir eigentlich gar keine Eigenheimförderung wollten. Ich darf Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen, dass auch die SPD dafür ist, dass sich viele Menschen in unserem Land ein Eigenheim schaffen können. Das ist überhaupt keine Frage.

(Zuruf von der CDU: Das braucht Fläche!)

Wir haben nur festgestellt, dass die Mittel, die in Nordrhein-Westfalen für die Eigenheimförderung bereitgestellt worden sind, in den letzten Jahren nicht abgeflossen sind.

Dann werfen Sie immer wieder ein, wir sollten jetzt über eine bedarfsgerechte Förderung sprechen. Die Fachleute warnen Sie aber sehr eindeutig davor, die Eigenheimförderung unkritisch und ungesteuert zu betreiben. Sie fordern vielmehr dazu auf, die Förderung sehr gezielt zu betreiben und in die unterschiedlichen Regionen zu schauen.

Frau Ministerin, Sie geben keine Antwort auf die Frage, wie die Not beim studentischen Wohnen behoben werden soll.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sieben Jahre hatten Sie Zeit!)

Sie geben keine Antwort in Bezug darauf, dass wir Quartiere weiterentwickeln wollten. Ihr Vorgänger hat ein Programm unter der Überschrift „Heimat vor der Haustür für alle“ entwickelt. Auch die Quartierent-

wicklung im Rahmen des Programms „Starke Quartiere – starke Menschen“ soll nicht weiter fortgeführt werden.

Ihre Definition lautet: Quartier ist gebaute Heimat. – Das ist aus meiner Sicht kein ganzheitlicher Ansatz. Sie investieren in Beton und vergessen dabei die Menschen.

(Beifall von der SPD)

In einem weiteren Bereich vergessen Sie die Menschen ebenfalls. Das werden wir im nächsten Jahr noch einmal sehr ernsthaft mit Ihnen diskutieren und auch deutlich kritisieren. Sie legen nämlich die Axt an den Mieterschutz. In einem so angespannten Wohnungsmarkt wie in Nordrhein-Westfalen ernsthaft darüber zu diskutieren, die Mieterregeln, die schützenden Regeln für die 10 Millionen Mieterinnen und Mieter in unserem Land, auch noch zu reduzieren, ist wirklich eine zynische Wohnungspolitik.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Ganze kaschieren Sie mit dem Begriff Heimat. Sie versuchen, diese ungelösten Probleme zu kaschieren, indem Sie den Deckmantel der Heimat darüberlegen.

Außer der Schaffung einiger Stellen in Ihrem Ministerium habe ich zu dem Thema bisher konkret noch nichts von Ihnen gehört. Ich bin auf die weitere Debatte gespannt.

Die SPD-Fraktion wird dem Einzelplan nicht zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wolf. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Schrupf das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Fabian Schrupf (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wolf, mir ist unbegreiflich, wieso Sie immer noch dieses verquere Verständnis von Heimat haben und so verschwurbelt damit umgehen müssen. Fakt ist jedenfalls: Wir wollen unsere Heimat Nordrhein-Westfalen lebenswert gestalten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Meine Damen und Herren, was sind die großen Herausforderungen bei den Themen „Bauen“ und „Wohnen“,

(Sven Wolf [SPD]: Die Wohnungsnot vielleicht?)

und wie wollen wir diese meistern? Wir müssen uns heute fragen, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen, und jetzt die Weichen dafür richtig stellen.

(Sarah Philipp [SPD]: Ja, dann machen Sie das!)

Stadt und Land müssen dabei Perspektiven für ihre zukünftige Entwicklung erhalten.

Um mehr Wohnraum – gerade auch bezahlbaren Wohnraum – zu schaffen, muss die Bautätigkeit angeschoben werden.

(Sven Wolf [SPD]: Durch Reduzierung der Förderung?)

Unser historisches und kulturelles Erbe müssen wir pflegen und erhalten.

Genau diesen Anforderungen wird der Einzelplan 08 gerecht. Im neuen Zuschnitt der Ressorts setzen wir als NRW-Koalition die richtigen Schwerpunkte und führen dabei Aufgaben so zusammen, dass wir diese effizient bewältigen können. Lassen Sie mich dabei auf einige Punkte näher eingehen.

Die Klammer und Querschnittsaufgabe ist der dem Namen des Ministeriums vorangestellte Begriff der Heimat. Es gibt keine allgemeingültige Definition des Begriffs; denn jeder versteht unter Heimat etwas anderes. Das wollen wir auch gar nicht ändern.

Fest steht für uns aber Folgendes: Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes und vielseitiges Land. Ebenso verstehen wir auch den Begriff der Heimat: nach vorn und in die Zukunft gerichtet, nicht rückwärtsgewandt, ergebnisoffen und zugleich traditionsbewahrend und integrativ.

Genau so versteht sich auch der Haushaltsansatz im neuen Kapitel „Heimat und Quartiere“. Erstmals werden hier 12,5 Millionen € eingestellt, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu fördern. Dafür ist im Ministerium eine Stabsstelle eingerichtet worden, die Konzepte entwickeln soll, wie Traditionen bewahrt und fortentwickelt werden können.

Stein gewordene Heimat, Herr Wolf, sind unsere Städte und Dörfer, sind die Quartiere, in denen die Menschen leben und arbeiten. Deshalb gehört auch die Quartiersentwicklung untrennbar zur Heimat. Mit den Bürgerinnen und Bürger vor Ort wollen wir das stärken, was die Menschen verbindet; denn wer das Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt, steigert zugleich auch die Lebensqualität.

Zur Steigerung der Lebensqualität ist auch die Städtebauförderung ein zentrales Instrument; denn sie sichert eine nachhaltige Stadtentwicklung. Unser Ansatz sieht vor, dass die Mittel für die Stadtentwicklung gezielt in die städtischen und ländlichen Räume gelenkt werden, die sich den größten strukturellen Herausforderungen zu stellen haben.

In den Fokus rücken wir dabei die energetische Sanierung der sozialen Infrastruktur sowie die barrierearme und barrierefreie Gestaltung von öffentlichen Räumen. Darunter sind unter anderem Mittel für die „Regionalen“ sowie für die Förderung der Maßnahmen des Investitionspakets „Soziale Integration im Quartier“.

(Zuruf von der SPD: Da gähnt ja sogar Herr Höne! Das kann ich aber auch verstehen!)

Insgesamt sind hier Mittel in Höhe von 324 Millionen € vorgesehen

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

und damit 27 Millionen € mehr als noch 2017.

Hinzu kommen weitere Mittel zur Dorferneuerung und ländlichen Siedlung mit insgesamt 12,25 Millionen € an Barmitteln und Verpflichtungsermächtigungen. Denn der ländliche Raum zeichnet sich in Nordrhein-Westfalen durch eine besonders hohe Lebensqualität und Wirtschaftskraft aus. Dies wollen wir gerade auch mit Blick auf die kommenden Herausforderungen des demografischen Wandels dauerhaft sichern.

Unsere Denkmäler sind ebenfalls untrennbar mit der Heimat verbunden. Sie sind identitätsstiftend und prägend für unsere Umwelt- und Kulturlandschaft. Unter Rot-Grün noch fast kaputtgespart, erhöhen wir die Mittel für die Denkmalpflege nun wieder auf 12,5 Millionen €.

(Beifall von der CDU und Henning Höne [FDP])

Zusätzlich stellen wir für die Restaurierungsarbeiten an besonders bedeutenden Kirchenbauten wie dem Kölner Dom oder dem Aachener Dom weitere 1,5 Millionen € zur Verfügung. Zudem erhält die Stiftung Zollverein 4,5 Millionen € für Betrieb und Unterhaltung des Welterbes in meiner Heimatstadt Essen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch diese richtige Schwerpunktsetzung wird deutlich, dass der Erhalt unserer Kulturgüter und deren Weitergabe an kommende Generationen der NRW-Koalition ein besonderes Anliegen ist. Diesem sind wir verpflichtet.

Direkte, unmittelbare Heimat ist, wie der Name schon sagt, für die meisten Menschen ihr Heim, also ihre Wohnung, ihr Haus oder ihr Zimmer im Wohnheim, und zwar unabhängig davon, ob es Eigentum ist oder sie zur Miete wohnen. Ausreichend bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen, ist eine besonders wichtige Aufgabe von Politik auf allen Ebenen.

Mit einem mehrjährigen Wohnraumförderprogramm für die Jahre 2018 bis 2020 mit einem Fördervolumen von 800 Millionen € jährlich – übrigens gleichbleibend, nur nicht mit zusätzlichen Bundesmitteln für die Flüchtlingsintegration –

(Sven Wolf [SPD]: Gleichbleibend?)

stellt sich die NRW-Koalition den Herausforderungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau.

Dabei gilt, dass wir den Menschen zutrauen, selbst zu entscheiden, wo und wie sie leben wollen. Deswegen werden wir den Bereich des sozialen Wohnungsbaus um eine bedarfsgerechte Eigentumsförderung ergänzen. Diese werden wir durch eine entsprechende Anpassung der Förderkriterien – die Sie ja unterlassen haben – attraktiver als bisher gestalten.

Gleichwohl ist das größte Fördervolumen auch weiterhin für den mehrgeschossigen Wohnungsbau vorgesehen. Die NRW-Koalition steht zu dem Ziel, so zur Entspannung auf den Wohnungsmärkten in unserem Land beizutragen und das Wohnen gerade auch in den Ballungszentren und Universitätsstädten bezahlbarer werden zu lassen.

Um mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, muss aber das Bauen wieder schneller und kostengünstiger werden. Darüber werden wir heute im Zusammenhang mit der Landesbauordnung noch ausführlich diskutieren.

(Sarah Philipp [SPD]: Ausführlich?)

Einen wichtigen Punkt hierbei möchte ich jedoch herausgreifen, nämlich die Chancen der Digitalisierung in der Baubranche. Um diese Chancen zu ergreifen und zum Vorreiter in diesem Bereich zu werden, haben wir für die Implementierung des sogenannten Building Information Modeling die Mittel versechsfacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen ist Heimat für Menschen aller Religionen, auch und besonders für Menschen jüdischen Glaubens. Ein besonderes Anliegen ist es daher, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse, die jüdischen Gemeinden in unserem Land zu unterstützen. Dafür werden wir erstmalig, wie bereits im April 2017 mit den jüdischen Gemeinden vertraglich vereinbart, 3 Millionen € für Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen von Gebäuden der jüdischen Gemeinden zur Verfügung stellen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diese Summe wird bis 2028 kontinuierlich steigen.

Ich fasse zusammen: Der Einzelplan 08 stellt eine gute Grundlage dar, um den aktuellen und künftigen Herausforderungen zu begegnen und Lebensqualität, Zusammenhalt und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und auszubauen. Wir werden ihm selbstverständlich zustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schrumpf. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Rimmel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem Teil des Einzelplans, bei dem es um Heimat, Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung geht, hat man auf den ersten Blick, wenn man die Haushaltszahlen betrachtet und mit den vergangenen Jahren vergleicht, den Eindruck: Na ja; so viel hat sich nicht verändert. – Es kann in der Vergangenheit also nicht so schlecht gewesen sein, wenn die wesentlichen Haushaltspositionen fortgeschrieben und teilweise sogar noch ergänzt worden sind.

Es braucht aber einen zweiten Blick. Bei der Haushaltsdebatte ist es auch notwendig, die gesamte Politik zu betrachten. Insofern hat dieser Haushaltsplan, sehr geehrte Frau Ministerin, einen doppelten Boden – sozusagen Dr. Jekyll and Mr. Hyde. Zwar hat er eine schöne Fassade nach außen. Aber schaut man dahinter, muss man schon die eine oder andere Frage stellen.

Wie ich für meine Fraktion bereits im Ausschuss erklärt habe, sind wir selbstverständlich bereit, über die Frage der Gestaltung von Heimat intensiv miteinander zu ringen und gegebenenfalls auch diskursiv zu diskutieren. Aber wenn man schon mit einem Ministerium für Heimat antritt – das machen Sie ja und stellen das Wort „Heimat“ auch noch an die erste Stelle –, muss man hinter diesem programmatischen Anspruch auch Inhalte präsentieren können.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Ein Ministerium ist doch nicht dafür da, einen Casting-Wettbewerb über den Heimatbegriff zu veranstalten. Wir sind hier in der Landespolitik. Da geht um Gestalten. Wenn man gestalten will, muss man Ziele formulieren. Wo ist Ihr Programm? Wo ist Ihr Ziel? Wo sind Ihre Ziele für den Bereich Heimat? Ich würde gern mit Ihnen darüber streiten. Aber dafür müssten Sie etwas vorlegen. Wo wollen Sie denn mit diesem Bereich hin? Sie haben bisher nichts vorgelegt, gar nichts.

Ich kenne Haushaltsberatungen von neuen Haushaltstiteln auch so, dass man zunächst einmal Förderrichtlinien vorlegt, bevor man das Parlament um Geld bittet, um für bestimmte Inhalte Geld auszugeben. Auch da bisher: null Ansatz! Wir wissen nicht, wohin es mit diesem Haushaltstitel und mit der Heimat gehen soll.

Hier muss also noch kräftig nachgearbeitet werden. Die Mittel dieses großen Haushaltsansatzes von über 10 Millionen €, der auch noch auf 30 Millionen €

gesteigert werden soll, sollten erst einmal dort ausgegeben werden, wo die Not wirklich groß ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Not ist groß bei der Flächenbereitstellung für neuen Wohnraum. Deshalb ist unser Vorschlag, in diese Richtung eine klare Orientierung vorzunehmen.

Der doppelte Boden geht noch weiter, wie man sieht, wenn man genauer in diesen Haushalt hineinschaut, nämlich beim Wohnungsbauprogramm. Ich kann der bisherigen Haushaltsdebatte nur entnehmen, dass Sie immer an Punkten, zu denen eine öffentliche Diskussion stattgefunden hat, auch bestimmte Titel zurückgenommen haben. Dieser Titel, der eigentlich nicht im Haushalt steht, sondern mit dem Wohnungsbauprogramm verbunden ist, ist aber der eigentliche Sozialkälte-Hammer in diesem Haushalt.

(Sven Wolf [SPD]: Absolut!)

Das wird derzeit gar nicht öffentlich diskutiert. Hier wird offensichtlich der soziale Wohnungsbau zurückgefahren, und zwar massiv. Sozialer Wohnungsbau in unserem Land soll mit 200 Millionen € weniger stattfinden. Das ist eine zentrale Nachricht. Diese Nachricht ist ein Hammer. Da sind Dr. Jekyll und Mr. Hyde plötzlich sichtbar.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Da wird das Gesicht dieser Landesregierung erkennbar. Es wird klar, wo Sie eigentlich Schwerpunkte setzen wollen.

Sie scheuen sich allerdings davor, das zu diskutieren. Stattdessen werden ein paar Rosen und Girlanden um die Ketten mit dem Begriff „Heimat“ gewunden, und schöne Schilder sollen aufgestellt werden.

Beim eigentlichen Problem, die Wohnungsnot in unserem Land zentral zu bekämpfen, entfernen Sie sich aber von den guten Ansätzen der Vergangenheit und fahren die Ansätze deutlich zurück. Dem kann man nicht zustimmen. Hier muss man öffentlich protestieren und auch dagegen stimmen. Dazu fordere ich Sie auf.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach ja!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rimmel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Paul das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Leben – das spüren wir alle – wird globaler, und es wird digitaler. Der persönliche Horizont ist weiter und offener, der Alltag

schnelllebiger geworden. Viele Menschen in unserem Land beachten und pflegen daher wieder bewusst ihr örtliches Lebensumfeld, in dem sie verwurzelt sind. Andere wünschen sich eine solche Verortung und sind auf der Suche danach.

Klar ist für uns Freie Demokraten, dass für den heutigen Menschen Heimat der Boden sein kann, auf dem sich eine souveräne und freie Lebensgestaltung entwickeln kann.

Wir wollen Heimat als Trägerin und Impulsgeberin stabiler sozialer Netze und Orte verlässlicher Strukturen im Sinne der Daseinsvorsorge stärken. Denn nur dort, wo das Heimatgefühl stark ist und die Menschen sich wohl und sicher fühlen, haben Dorf, Stadt und Metropole überhaupt eine Zukunft.

Dafür stellt die Landesregierung von CDU und Freien Demokraten im kommenden Jahr fast 11 Millionen € zur Verfügung. Diese Mittel sollen dazu dienen, Heimat im ländlichen Raum, aber auch in den Städten zu schaffen und zu fördern, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und dadurch die Lebensqualität der Menschen spürbar zu verbessern.

In den nächsten vier Jahren will das Land zum Thema „Heimat“ 113 Millionen € zur Verfügung stellen. Das Geld ist nicht für Landesprojekte, sondern soll vor allem der Förderung von Initiativen dienen – mithin für Menschen, die ihre Heimat gestalten und der Gesellschaft damit etwas Gutes tun wollen. Wir stiften Identifikation, und wir ermöglichen ehrenamtliches Handeln.

Die christlich-liberale Mehrheit dieses Landtags und unsere Landesregierung haben auch bei den Aufgaben „Bauen“ und „Wohnen“ ganz viel vor.

Ganz eng verbunden mit Heimat ist das Wohnen. Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, werfen uns ja ständig vor, nur noch die Eigentumsförderung im Blick zu haben und den geförderten Mietwohnungsneubau zu vernachlässigen. Dabei waren und bleiben studentisches Wohnen und der Mietwohnungsbau wichtige Anliegen unserer Politik. Denn eines ist uns doch allen klar: Wir brauchen mehr günstigen Wohnraum.

Anders als Rot-Grün wollen wir jedoch ein ausgewogenes Verhältnis schaffen und niemanden gegeneinander ausspielen. Dazu brauchen wir ein Zusammenspiel von Eigentumsförderung und Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen.

Für Wohnraumförderung im sozialen Wohnungsneubau wird die CDU/FDP-Landesregierung in den kommenden fünf Jahren 4 Milliarden € bereitstellen. Das sind 800 Millionen € jährlich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Sven Wolf [SPD]: Das sind 1,5 Milliarden € weniger!)

Wie in den letzten Jahren bleibt der Schwerpunkt auf dem Mietwohnungsneubau und der Schaffung studentischen Wohnraums mit fast 2,8 Milliarden €. 730 Millionen € stellen wir für die Modernisierung im Bestand und für Quartiersmaßnahmen zur Verfügung. 480 Millionen € plant diese Landesregierung für die neue Förderung von Wohneigentum ein.

Mit diesen 800 Millionen € jährlich liegen wir insgesamt wieder auf dem Niveau der Vorgängerregierung vor der zeitweisen höheren Bundesbeteiligung.

Das Förderprogramm der CDU/FDP-Landesregierung bietet allen Beteiligten Planungssicherheit für die nächsten Jahre.

Die NRW-Koalition will das Bauen erleichtern und beschleunigen.

Unser Wirtschaftsminister Professor Dr. Andreas Pinkwart sorgt mit dem gerade vorgestellten Entfesselungspaket II für neue Flexibilität und Erleichterungen für die kommunale Selbstverwaltung in Nordrhein-Westfalen in unseren Städten und Gemeinden bei der Ausweisung neuer Wohnflächen.

Wir werden die Landesbauordnung stärker der Musterbauordnung des Bundes angleichen und die durch Rot-Grün ins Gesetzblatt geschriebenen Baukostensteigerungen durch landesgesetzliche Besonderheiten verhindern.

Wir haben viel vor, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Freien Demokraten. Aber die Bürgerinnen und Bürger, die uns mit einer Mehrheit in diesem neuen Landtag ausgestattet haben, dürfen jetzt auch viel Positives von uns erwarten. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Beckamp das Wort. Bitte schön.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem CDU und FDP etwas undifferenziert gelobt haben und SPD und Grüne so viele gemeine Sachen gesagt haben, möchte ich beides tun.

Anfangen möchte ich mit einer Senkung, nämlich mit Geldeinsparungen im Bereich eines Städtebausonderprogramms für Flüchtlinge. Dort sparen Sie über 17 Millionen € ein und reduzieren den Ansatz auf nur noch knapp 3 Millionen €. Das ist löblich. Das ist gut. Denn diese Leute werden nicht hierbleiben. Sie sollen nicht hierbleiben. Hier ist Integration nicht erwünscht. An dieser Stelle kann gespart werden. Das ist gut.

Mit Blick auf das Thema „Bauen und Wohnen“ haben Sie angeprangert, dass nicht genug passiere. Doch,

es passiert. Dafür spreche ich auch ein Lob aus. Das Thema „Moratorium Landesbauordnung“ behandeln wir gleich noch einmal. Hier gibt es eine große Chance, endlich die Kosten für die Unternehmer, die Wohnraum schaffen möchten, zu senken. Da hat die Regierung zumindest einen ersten guten Schritt getan, noch einmal innezuhalten und zu schauen, was an Barrierefreiheit, an Rollstuhlquoten und, und, und wirklich notwendig ist. Das kann tatsächlich dazu führen, dass schneller mehr bezahlbarer Wohnraum entsteht, als es bisher von SPD und Grünen überhaupt angedacht war. Insofern gibt es auch dafür ein Lob.

Nun komme ich zu einem zwiespältigen Hinweis zum Thema „öffentlich geförderter Wohnraum“. Sie prangern an, dass an dieser Stelle Geld eingespart wird. Wir prangern an, dass Sie dort nicht genau hinschauen. Denn wir haben immer noch das Problem, dass ein Studienrat genauso wie ein Busfahrer – knapp 50 % der Bevölkerung; die Grünen haben es einmal völlig zu Recht gesagt – in NRW Anspruch auf geförderten Wohnraum hat. Meine Damen und Herren, es kann aber nur ein Bruchteil der Berechtigten in diesen Wohnungen leben, weil es so wenige davon gibt. Das ist sozial massiv ungerecht.

Es kann doch nicht sein, dass diejenigen, die am schwächsten sind, genauso einen theoretischen Anspruch darauf haben wie diejenigen, die aus der Mittelschicht kommen. Da muss man priorisieren. Das wäre in der Tat ein Akt gegen die häufig vorgebrachte soziale Kälte. Wir sehen es als erforderlich an, dass man da genauer hinschaut, wer Förderungen erhält und ob dies gerecht ist.

(Beifall von der AfD)

Natürlich – da schlage ich in die gleiche Kerbe wie Rote und Grüne – läßt der Begriff und der neue Geschäftsbereich „Heimat“ sehr dazu ein, etwas zu sagen. Heimat: Was ist das? Was hat sich die Mitte-rechts-Koalition oder die sie tragende Landesregierung dabei gedacht? Was soll das sein?

Frau Ministerin, Sie selber werden in der Presse mit einer Erklärung zitiert, was Heimat sein soll:

„Heimat sind die unsichtbaren Wurzeln, die jeder von uns in sich trägt. Diese gilt es zu stärken.“

Das sehen wir genauso. Mit dieser Aussage könnten Sie auf jedem Kyffhäusertreffen der AfD in Thüringen ganz viel Beifall bekommen, und das völlig zu Recht. Sehr gut!

(Beifall von der AfD)

Aber es bleibt dann doch deutlich unkonkret – ein Haushaltstitel sollte wohl etwas klarer gefasst sein –, insbesondere da Sie im Nachsatz sagen: „Heimat grenzt nicht aus, sondern vereint.“ Ja, dann sind wir wieder bei der Beliebigkeit schlechthin.

Dann sind wir bei dem, was Herr Schrumpf so nett erwähnte. Er hat ein besseres Wort gewählt als „beliebig“, nämlich „ergebnisoffen“. Ja, genau, ergebnisoffen. Da ist alles möglich. Herr Höne sagte, allerdings in einem anderen Zusammenhang: Das ist dann abundant. – Das ist es in der Tat. Wenn ich nicht klar sage, wofür ich Geld ausgeben will, warum nehme ich es in die Hand? Ist das ein Erkenntnisverfahren, das sich irgendwann ergibt? Herr Remmel hat das völlig zu Recht ausgeführt.

Zu diesem Punkt – Sie selber machen gerade Werbung in genau diese diffuse Richtung – haben Sie auch ein paar Leute befragt; „Heimatbotschafter“ nannten Sie das. Dazu läuft gerade ein kleines Projekt von Ihnen. Ich hatte einmal Gelegenheit, mir das anzuschauen. Da werden dann irgendwie bekannte Personen – ich weiß nicht genau, was die Maßstäbe sind – befragt, was Heimat für sie sein soll.

Ein bekannter Schlagersänger aus Bad Münstereifel sagt: Heimat ist ein Ort, an dem ich mich wohlfühle. – Ja, okay. Eine Islamwissenschaftlerin aus Duisburg – den Namen habe ich noch nie gehört – sagt: Heimat, ein Ort ohne Grenzen. – Herzlichen Glückwunsch! Dann sind wir genau da, wo wir nicht hinwollen. Damit hätten Sie einen Generaltitel geschaffen, in den Sie alles hineinpacken könnten, was sonst nicht passt. Sie bringen diffuseste Ansichten von irgendjemandem dahinein. Das kann es nicht sein. Das wundert uns sehr.

Wenn man einmal genau hineinschaut – Sie haben das sicherlich getan –, dann fällt auf, dass es in der Titelgruppe 60, überschrieben mit „Heimat“, ganz konkret heißt: Das Geld wird für innovative Projekte „Heimat vor Ort“ verwendet. – Okay.

Durch den Ansatz in Titelgruppe 80, Quartiersentwicklung, sollen Projekte in der Heimat, im Quartier gestärkt werden. Ist jetzt Quartier nicht vor Ort, oder ist vor Ort nicht Quartier, oder was ist innovativ? Also, es ist immer noch sehr, sehr diffus. Bei dieser Interpretationsoffenheit wird es Freude machen, an der einen oder anderen Stelle mitzuwirken. Insofern ist das gut.

Es wäre aber auch möglich gewesen, genau die Punkte, die ich gerade angesprochen habe, in die mehr klassischen Bereiche der Stadtentwicklung, Kapitel 08 500, oder Dorferneuerung, Kapitel 08 700, zu packen. Das wäre sicherlich der klare Weg gewesen.

Allerdings geht es vielleicht auch gar nicht um Konkretes. Es geht vielleicht auch nur darum, den Begriff „Heimat“ irgendwie zu besetzen, den Begriff „Heimat“ Leuten wie uns oder den Mitte-rechts-Koalitionären, den Rechten in der Koalition weiter zu entwenden für irgendetwas Diffuses; ich weiß es nicht.

An der Stelle können wir Ihnen auf jeden Fall helfen, immer gern. Wir sagen Ihnen, was Heimat nicht für

uns ist: Heimat ist für uns nicht ein Raum, in dem Parallelgesellschaften entstanden sind, in dem sie weiter entstehen, wie am Ebertplatz in Köln, wie an ganz vielen Straßen, Plätzen und Orten. Das ist nicht Heimat. Dort wurde uns allen Heimat genommen, und dagegen müssen wir vorgehen. Insgesamt können wir hier nicht zustimmen.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beckamp. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kommen wir zum ersten Themenbereich, den der Kollege Wolf von der SPD-Fraktion angesprochen hat.

Sie haben gesagt, es gebe eine NRW.BANK-Berechnung aus dem Jahre 2015, wonach wir bis zum Jahre 2020 in Nordrhein-Westfalen 400.000 Wohnungen benötigen.

(Sven Wolf [SPD]: Aus 2016 ist das!)

– Veröffentlichungsdatum. Ja, korrekt. – Schauen wir uns das Ergebnis Ihrer Wohnraumförderpolitik oder Wohnungsbaupolitik der letzten sieben Jahre an. Das sage ich ausdrücklich ohne Schaum vor dem Mund, weil man Wohnungsbaupolitik nicht in Legislaturperioden über fünf Jahre deklinieren und denken kann, sondern über einen längeren Zeitraum betrachten muss.

Das letzte Förderergebnis 2016 war, dass mit den 1,1 Milliarden € sozialer Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen 9.400 Wohnungen – gerundet – geschaffen wurden. Insgesamt hatten wir im Jahre 2016 in Nordrhein-Westfalen eine Baufertigstellung von 47.200 Wohnungen. Dieser Wert bleibt weit hinter dem zurück, was Sie hier immer ausgeführt haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Die Landesregierung stellt mit dem Wohnraumförderprogramm eine verlässliche Perspektive

(Sven Wolf [SPD]: Mit weniger Geld!)

für Mieterinnen und Mieter, für Eigentümerinnen und Eigentümer und für alle am Bau Beteiligten bis 2022 sicher, nämlich 4 Milliarden €,

(Sven Wolf [SPD]: 1,5 Milliarden € weniger!)

800 Millionen € pro Jahr.

Wissen Sie, warum der Skandal ausbleibt? Weil Ihr Finanzminister Dr. Walter-Borjans an Ihren Bauminister Michael Groschek geschrieben hat, dass er leider auch nur die 97 Millionen € fortgeschrieben bekommt, die der Bund aus den Entflechtungsmitteln zahlt. Deswegen bleibt der Skandal aus; denn Sie müssten sich nun fragen: Wer ist jetzt Mr. Jekyll? Ist es Walter-Borjans? Und wer ist Mr. Hyde? Ist es Michael Groschek? Nein, deswegen bleibt der Skandal aus.

(Sven Wolf [SPD]: Sie wollen den Haushalt, den Sie vorgelegt haben, der alten Landesregierung ankreiden? Das ist doch bodenlos, Frau Ministerin!)

Wir setzen die Wohnraumförderung auf dem Niveau der Jahre 2011 bis einschließlich 2015 fort. Wir setzen die Wohnraumförderung so fort, wie Mittel in 2017 in Summe abfließen werden, nämlich roundabout 800 Millionen €. Sie wissen genau, dass die 1,1 Milliarden €, die Sie hier für sich reklamieren, darauf zurückzuführen sind, dass die Bundesregierung entschieden hat, im Zusammenhang mit Asyl und Flucht mehr Gelder für die Wohnraumförderung zur Verfügung zu stellen, damit es hier zu einem Abbau kommt.

In Nordrhein-Westfalen wurden in 2016 von dem Bundesgeld 154 Millionen € über die Wohnraumrichtlinie für Flüchtlinge ausgegeben. Dieses Bundesgeld fließt letztmalig im kommenden Jahr, und es ist in die Wohnraumförderung der künftigen Jahre eingepreist.

(Sven Wolf [SPD]: Also eine Kürzung! Sie kürzen die Wohnraumförderung, sagen Sie es doch!)

Wir stellen sicher, dass die Landesregierung, die ab 2020 für die Wohnraumförderung des Landes verantwortlich ist, die Mittel in Höhe von 97 Millionen €, die der Bund bisher zur Verfügung gestellt hat, fort schreibt. Nichts anderes hätten Sie hier vorgelegt.

(Sven Wolf [SPD]: Haben wir aber nicht, sondern Sie haben es vorgelegt! Frau Ministerin, stehen Sie auch dazu, dass Sie viele Millionen weniger ausgeben!)

Deswegen ist das, was Sie tun, unehrlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben hier formuliert: Was machen Sie denn zur Bekämpfung der studentischen Wohnungsnot? – Auch das ist ein spannender Ansatz, den ich Ihnen im Ausschuss schon vorgehalten habe. Sie haben keine Sorge dafür getragen, dass bei den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen Wohnbauflächenpotenziale für studentischen Wohnraum gesichert wurden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Die Studentenheime müssen bei den Wohnbauflächen mit ganz normalen Investoren am Grundstücksmarkt konkurrieren. Das jetzt der neuen Landesregierung anzukreiden, ist ebenfalls vermessen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie müssen sich einmal vergegenwärtigen, wie viele Baufertigstellungen wir 2016 hatten. Das waren 47.200, davon öffentlich gefördert 9.400. Das sind rund 20 %. Daran wird deutlich: 80 % Baufertigstellungen im Wohnbereich sind auf private Kleinvermieter, Investoren am Wohnungsmarkt zurückzuführen. Diese möchte die Landesregierung wieder gewinnen, damit sie in Nordrhein-Westfalen investieren.

Sie haben über Restriktionen in der Landesentwicklungsplanung, über eine restriktive Landesbauordnung, über Restriktionen bei der Eigentumsförderung im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung, über eine kleinteilige Modernisierungsförderung dafür gesorgt, dass Mittel zum einen gar nicht abfließen und dass zum anderen eine Investitionsunsicherheit bezüglich künftiger Belastungen und Bürokratie erzeugt wird. Wir arbeiten sehr intensiv daran, das wieder aufzuholen, aufzuarbeiten und Sicherheit für Investitionen in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Zusammenhang mit dem Haushalt zur Städtebauförderung – das wissen Sie – verstärkt das Land die Städtebauförderprogramme des Bundes. Insofern gehen wir hier von einem weiteren Aufwachsen aus.

Wir sind gerade mit dem Bund sehr dezidiert in Verhandlungen darüber, wie die Städtebauförderung des Bundes künftig aufgestellt wird. Sie wissen, dass ich für weniger kleinteilige Programme und mehr für eine Flexibilisierung im Rahmen der Städtebauförderung werbe, die auch finanziell aufgeladen wird, so dass die Kommunen mehr Handlungsfähigkeit vor Ort bekommen, diese Gelder auch tatsächlich abzurufen und abzubauen.

Lassen Sie mich zum Schluss den ersten Teil meines Ministeriums ansprechen, nämlich Heimat. Sie haben aufgerufen: Wir wissen nicht so ganz, was Sie eigentlich mit den über 11 Millionen € machen möchten, auch in der Zukunft nicht.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Sie auch nicht!)

Wir werden beispielsweise – das habe ich Ihnen mehrfach erläutert – im ersten Quartal des kommenden Jahres zusammen mit den in der Heimat ehrenamtlich Aktiven einen Heimatkongress durchführen. Das sind eine ganze Menge, nämlich über 100.000 Personen in Nordrhein-Westfalen, die sich in Heimatvereinen und -verbänden für ihre Identität, für ihre Region, für ihre Vielfalt vor Ort einsetzen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir werden mit diesen Verbänden darüber diskutieren: Wie gelingt es uns gemeinsam, beispielsweise Kinder und Jugendliche dafür zu gewinnen, Traditionen zu bewahren und das, was uns hier in den Regionen in Nordrhein-Westfalen ausmacht, an die nächsten Generationen weiterzugeben? Wie gelingt es uns, das Ganze auch in die digitale Welt zu transportieren?

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

– Das setzen wir als Ministerium nicht obenauf, Frau Präsidentin, sondern wir entwickeln das gemeinsam mit denen, die vor Ort ehrenamtlich Heimat betreiben, Heimat gestalten. Das sind viele Menschen in Nordrhein-Westfalen, und darauf sind wir stolz.

In der Tat erarbeiten wir auch Förderrichtlinien – ohne Frage. Sie können sich doch vorstellen, dass wir bei der Fülle dieses Ministeriums, in dem eine Vielzahl von Förderrichtlinien vorhanden ist, jetzt miteinander abstimmen: Was kommt aus welcher Förderrichtlinie? Wo müssen wir was wie verschränken? Dass Sie uns zutrauen, alle diese Aufgabenstellungen, die Sie in sieben Jahren nicht haben erledigen können,

(Beifall von der CDU und der FDP)

in sechs Monaten auf den Weg zu bringen, das freut uns. Doch das können Sie dann durchaus einmal formulieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wären wir, wenn ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, am Schluss der Aussprache zum Teilbereich b) Heimat, Bauen und Wohnen.

Wir kommen zum Teilbereich

c) Gleichstellung

Ich darf als erster Rednerin für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Butschkau das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Anja Butschkau (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das, was uns die schwarz-gelbe Mitte-rechts-Regierung vorgelegt hat, ist ein Haushalt der sozialen Kälte und der gebrochenen Versprechen.

(Zuruf von der FDP: Buh!)

Diese Feststellung zieht sich heute bereits durch die Debatten des gesamten Tages. Beim Gleichstel-

lungshaushalt scheint sich dies – ich betone: zunächst – nicht zu bestätigen. Es gibt immerhin keine Kürzungen,

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

und das ist erst einmal gut so. Wir sehen das durchaus als Anerkennung für die rot-grüne Gleichstellungspolitik der letzten sieben Jahre an. Herzlichen Dank für die Anerkennung, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD)

Auf den zweiten Blick genügt dieser Haushalt allerdings nicht unseren Ansprüchen. Es ist ein Haushalt des Stillstands. Von den laut angekündigten Ideen, die während Ihrer Oppositionszeit geäußert wurden, scheint jetzt nicht mehr viel übrig zu sein. Neues liefern Sie nicht, und das ist falsch. Denn die Anforderungen an eine moderne und innovative Frauenpolitik verändern sich stetig.

Nun ist Nichtstun an sich schon schlimm genug. Das ist aber noch harmlos im Vergleich zu dem, was auf die Landesfachstellen „Trauma und Leben im Alter“ zukommt. Die werden nämlich zum Ende des Jahres von der Landesregierung geschlossen, und das, obwohl sie hervorragende Arbeit zur Vernetzung und Sensibilisierung für das Thema leisten.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Ich weiß, das ist nicht Gegenstand des Frauenhaushalts. Es ist dennoch außerordentlich wichtig in dieser Debatte; denn es ist ein Angebot, das von Gewalt Betroffenen ebenso zugutekommt wie älteren Lesben, Schwulen, Transgender, die ihre Sexualität in früheren Jahren unterdrücken mussten oder gar Gewalt erfahren haben.

Die Landesfachstellen haben in der kurzen Zeit ihrer Existenz ein enormes Fachwissen aufgebaut. Dies wird nun für uns alle verloren gehen. Da fragen wir uns doch, wie das mit nachhaltiger Haushaltskonsolidierung unter einen Hut passt. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie unserem Änderungsantrag im Gesundheits- und Sozialausschuss zugestimmt hätten, um die Existenz der Landesfachstellen zu sichern.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin, die Mitte-rechts-Regierung hat wieder einmal ihr wahres Gesicht gezeigt.

(Marc Lürbke [FDP]: Ha, ha!)

Der soziale Kahlschlag ist eingeläutet. Noch blieb der Frauenhaushalt verschont, wir schauen aber mit Schrecken auf die nächsten Jahre. Sieht man in die anderen Ausschüsse, stellt man fest, dass gerade im sozialen Bereich, hier bei der Prävention und Beratung, ganz erheblich gekürzt wurde.

Seien Sie gewarnt: Die SPD-Fraktion wird die Interessen der Frauen lautstark verteidigen. – Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Butschkau. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Troles das Wort. Bitte schön.

Heike Troles (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gleichstellung ist ein Thema, das wir alle miteinander sehr ernst nehmen sollten und auch wollen. Über Gleichstellung kann man reden, oder man kann handeln.

Wir handeln,

(Beifall von der CDU)

indem diejenigen aktive finanzielle Förderung erhalten, die selber handeln. Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen bekommen 2018 mehr Geld für ihre wichtige Arbeit. Hier ist die finanzielle Unterstützung genau an der richtigen Stelle angelegt. Wir begrüßen sehr, dass der Ansatz für Frauenhäuser aufgestockt wurde und dies gleichzeitig mit einer Vereinbarung über die Verweildauer verknüpft werden soll. Es ist unser Ziel, die Selbstständigkeit der Frauen weiter zu unterstützen. Heute ist ein guter Tag für die Frauen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

An dieser Stelle möchte ich die Weitsicht der zuständigen Minister Scharrenbach und Lienenkämper für die substanzielle Berücksichtigung des Gedankens der Gleichstellung im Haushalt von Nordrhein-Westfalen loben und ihnen dafür danken. Gerade aus diesem Grund ist der Haushalt 2018 sozial. Er wendet sich den Schwächsten in unserer Gesellschaft zu und bietet konkrete Unterstützung.

Genau dieser soziale Gedanke steht auch hinter dem Änderungsantrag zur Erhöhung des Ansatzes zur Unterstützung der Kommunen bei der Bereitstellung von Kältebussen für Obdachlose im Einzelplan 11. Auch hier haben wir ebenfalls die Frauen im Blick. Nicht kleinreden, meine Damen und Herren, sondern handeln! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Troles. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Paul das Wort.

Bevor die Kollegin spricht, möchte ich darauf hinweisen, dass Frau Ministerin ihre Redezeit überzogen hat und ich diese Zeit dementsprechend für alle Fraktionen schon großzügig aufgeschlagen habe. – Jetzt haben Sie das Wort, Frau Kollegin Paul.

Josefine Paul (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Trolles, ich war gerade ein bisschen hin- und hergerissen zwischen „Thema verfehlt“ und „Was erzählen Sie uns denn da?“. Frauen sind doch nicht die Schwächsten der Gesellschaft! Frauen sind im Übrigen die Mehrheit der Gesellschaft, weil sie über 50 % der Bevölkerung ausmachen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Roger Beckamp [AfD] – Daniel Sieveke [CDU]: Das hat sie gar nicht gesagt!)

Vor diesem Hintergrund verstehe ich Ihre Einlassungen zum Haushalt nicht.

Aber – da kann ich mich durchaus Frau Butschkau anschließen – die gute Nachricht für die Frauen in Nordrhein-Westfalen zu diesem Haushalt ist: Grundsätzlich verändert sich nichts. – Im Bereich „Frauen und Gleichstellung“ wird im Wesentlichen übernommen, was die rot-grüne Landesregierung in den letzten sieben Jahren aufgebaut hat. Mittlerweile – und darüber bin ich sehr froh – sind wir uns offensichtlich auch einig, dass wir beim Thema „Gewaltschutz“ alle an einem Strang ziehen müssen.

Ich erinnere Sie, Frau Ministerin, dass noch bei den Haushaltsberatungen 2005/2006 die vierte Frauenhausstelle von Ihrer Regierung nicht nur zur Disposition gestellt, sondern sogar gestrichen worden ist. Diese ist von der rot-grünen Landesregierung dann wieder eingeführt worden. Mittlerweile scheint hier im Hause Einigkeit darüber zu herrschen, dass man bei Frauenhäusern nicht kürzen darf.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich, dass Sie auch noch Geld draufgepackt haben. Wir werden uns noch im Detail darüber unterhalten müssen, wie es mit der Frauenhausinfrastruktur weitergehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dies gilt auch für die Arbeit der Kompetenzzentren Frau und Beruf, die sehr in der Kritik gestanden hat. Es ist begrüßenswert, dass es zumindest bei der FDP-Fraktion eine Art von politischem Gedächtnisverlust gibt; denn auf einmal ist keine Rede mehr davon, die Kompetenzzentren zu streichen, und davon, sie würden unnötige Doppelstrukturen darstellen.

(Heiterkeit von Annette Watermann-Krass [SPD])

Vielmehr lobt die Ministerin in höchsten Tönen, welchen guten Beitrag die Kompetenzzentren leisten und wie gut die Zusammenarbeit mit den Kammern und mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen ist. Das ist sehr gut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Susanne Schneider [FDP])

Weiterhin macht die Ministerin noch deutlich – wofür ich ihr sehr dankbar bin –, dass die Förderzusage im

Grunde genommen auch für die nächste Periode schon gegeben ist. Das ist ebenfalls ein gutes Zeichen für die Frauen in Nordrhein-Westfalen. Es wurde zwar vorher zur Disposition gestellt, aber was interessiert mich mein Gewäsch von vor der Wahl? Wir machen einfach so weiter. – Dann kann es unter Rot-Grün ja nicht so schlecht gewesen sein.

(Beifall von den GRÜNEN und Annette Watermann-Krass [SPD])

Die schlechte Nachricht ist, dass Maßnahmen nachhaltiger gesellschaftlicher Veränderung von dieser Landesregierung konsequent abgewickelt werden – zuallererst die Quote. Die ist Ihnen schon immer ein Dorn im Auge gewesen. Dementsprechend haben Sie gesagt: Wir haben zwar keine Idee, wie wir es besser machen können, aber wir drehen auf jeden Fall zurück. – Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis. Möglicherweise werden uns irgendwann noch mal Vorschläge zur Verbesserung der Situation von Frauen im öffentlichen Dienst vorgelegt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wir sind darauf sehr gespannt.

Auch im Hinblick auf das Tariftreue- und Vergabebezugsgesetz wurde schnell behauptet, soziale Standards seien zu bürokratisch. Frauenförderung, Familienförderung – wen interessiert es? Hauptsache, die Wirtschaft kann durchregieren!

Fazit: Bei der Erreichung tatsächlicher gesellschaftlicher Gleichstellung gehen die Bemühungen von CDU und FDP offensichtlich kaum über die Stärkung von Girls' Day und Boys' Day hinaus.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ein Gesetz ohne Wirkung haben Sie verantwortet!)

Nun habe ich nichts gegen den Girls' Day oder den Boys' Day, aber wenn es darum geht, dass Frauen und Männer in dieser Gesellschaft auch tatsächlich gleichgestellt werden sollen, dann muss doch ein bisschen mehr Fleisch an den Knochen, als nur an einem Tag Männer in Frauenberufe und Frauen in Männerberufe bringen zu wollen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das scheint mir alles nach dem Motto zu laufen: Hauptsache keinem wehtun. Wenn wir Glück haben, merken es die Frauen in Nordrhein-Westfalen nicht. – Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, die Frauen in Nordrhein-Westfalen werden merken, dass von Ihrer Regierung keine gesellschaftlichen Impulse ausgehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Schutz und Unterstützung der von Gewalt betroffenen Frauen und ihrer Kinder ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Wir begrüßen vor diesem Hintergrund – ich habe es gerade schon gesagt – die

Fortsetzung des kontinuierlichen Mittelaufwuchses in diesem Bereich. Die Landesregierung stellt zusätzlich Mittel in Höhe von 500.000 € für die Frauenhäuser bereit. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenngleich er noch nicht ausreicht. Die Frauenhilfeninfrastruktur steht vor großen Herausforderungen.

Eine große Herausforderung stellt beispielsweise der hohe Sanierungsbedarf in den Häusern dar. In den 62 landesgeförderten Frauenhäusern gibt es auch keine wirkliche Barrierefreiheit. Ich würde Ihnen raten, Frau Ministerin: Wenn Sie schon ...

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Bitte?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Aber es gibt seit Mai etwas Neues, und das liegt in der Zuständigkeit der Ministerin für Bauen und für Gleichstellung.

Da würde ich doch sagen: Nutzen Sie Ihre doppelte Kompetenz, und legen Sie ein Sanierungsprogramm auf, um unsere Frauenhäuser zukunftsfest und vor allem barrierefrei zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, auch das kann ich Ihnen nicht ersparen: Obwohl die LAG der autonomen Frauenhäuser und diverse Frauenhäuser selbst ihre Bemühungen um mehr Mittel gelobt haben, weisen sie auch – zu Recht – darauf hin, dass die Tragfähigkeit der Finanzierungsstruktur sehr genau unter die Lupe genommen werden muss.

Wenn ich dann in der „WAZ“ vom 4. Dezember 2016 lese, dass Sie die berechtigte Kritik der LAG, dass die zusätzliche Finanzierung zwar schön, aber bei Weitem nicht ausreichend sei, so kommentieren: „Nach den bisherigen konstruktiven Treffen empfinde ich diese Haltung als eher belastend für weitere Gespräche“, muss ich sagen: Frau Ministerin, Dünnhäutigkeit ist an dieser Stelle völlig unangebracht. Wir brauchen hier gemeinsame Diskussionen im Interesse der gewaltbetroffenen Frauen und ihrer Kinder. Wir brauchen den Dialog und keine Befindlichkeiten.

Um am Schluss noch eine Sache aufzugreifen, auf die auch Frau Butschkau schon hingewiesen hat: Die Arbeit der erfolgreich arbeitenden Fachstellen „Trauma und Alter“ soll nun mir nichts, dir nichts eingestellt werden. Im Ausschuss wussten Sie noch nicht einmal, warum. Ich finde, das ist ein ganz schlechtes gesellschaftspolitisches Signal. Sie handeln einmal mehr nach dem Motto: Wegmachen, vielleicht fällt uns anschließend noch ein besseres Konzept ein. – Das ist gesellschaftspolitisch fahrlässig, Frau Ministerin.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Paul. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Abgeordnete Schneider das Wort. Bitte schön.

Susanne Schneider (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der erste Haushaltsentwurf der NRW-Koalition reagiert auf die Veränderungen in unserer Gesellschaft. Endlich wird Gleichstellungspolitik ihrem Namen gerecht. Die NRW-Koalition hat sich von einer reinen rot-grünen Frauenpolitik verabschiedet.

Natürlich müssen wir weiterhin gemeinsam gegen die Benachteiligung von Frauen kämpfen. Wir dürfen aber auch die Probleme unserer Jungen und Männer nicht aus den Augen verlieren. Das sogenannte starke Geschlecht macht die schlechteren Schulabschlüsse, ist Spitzenreiter in Sachen Schulabbruch und in den Gefängnissen deutlich überrepräsentiert.

(Zurufe von der SPD)

Auch im Bereich Männergesundheit gibt es einiges zu tun. Daher ist es nicht mehr zeitgemäß, ausschließlich auf ein Kompetenzzentrum Frau und Gesundheit zu setzen. Wir brauchen ein Zentrum für geschlechtsspezifische Gesundheit.

(Beifall von der FDP)

Das heißt, es ist notwendig, für beide Geschlechter passgenaue Angebote zu erstellen. Es dürfen nicht 50 % der Bevölkerung links liegen gelassen werden.

(Beifall von der FDP)

2018 steigen die Mittel im Gleichstellungshaushalt bereinigt um den Belastungsausgleich gemäß dem Prostituiertenschutzgesetz um 700.000 €. Das Prostituiertenschutzgesetz, dieses unglücklich gestaltete Bundesgesetz, hat genau zu dem negativen Effekt geführt, den ich bereits im letzten Jahr vorhergesagt habe. Die Anmeldepflicht und die Pflicht zur gesundheitlichen Beratung von Prostituierten hat, wie befürchtet, zu einer Stigmatisierung geführt und das Untertauchen in die Illegalität gefördert.

Obwohl die Anmeldungen in Nordrhein-Westfalen kostenfrei sind, gibt es kaum welche. Dennoch müssen wir einen Belastungsausgleich in Höhe von 6,4 Millionen € für die Kommunen in unserem Haushalt einkalkulieren. Dieses Geld hilft aber weder den Kommunen noch den Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern. Dieses Geld würde an anderer Stelle dringend gebraucht.

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, bei Gewalt gegen Mädchen und Frauen haben wir im Landtag bisher immer fraktionsübergreifend gehandelt und dagegen gekämpft. Im Gleichstellungsausschuss, der sonst wahrlich ausgesprochen diskussionsfreudig ist, herrschte in den letzten fünf Jahren stets großes Einvernehmen, wenn es um Themen

wie häusliche Gewalt oder Gewalt im Allgemeinen ging. Dies wurde von allen Fraktionen nicht nur durch Anträge und Drucksachennummern dokumentiert, sondern auch durch praktische Aktivitäten, beispielsweise die Aktion des gemeinsamen Flaggehissens in Zusammenarbeit mit Terre des Femmes.

In diesem Jahr haben aber nur die vier demokratischen Fraktionen des Hohen Hauses diese Aktion unterstützt.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Ich bedauere das sehr, zeigt sich doch auch an diesem Beispiel wieder, welcher Geist hier eingezogen ist.

Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf erhöhen wir die Mittel im Bereich „Gewalt gegen Mädchen und Frauen“. Das ist gut und richtig und soll auch in Zukunft so bleiben; denn nicht nur das Thema „anonyme Spurensicherung in NRW“ ist nach wie vor eine Herzensangelegenheit von mir und der FDP-Landtagsfraktion. Für den Schutz und die Hilfe für gewaltbetroffene Frauen stehen im kommenden Jahr zusätzlich 600.000 € zur Verfügung. Das ist erfreulich, zumal wir mit 100.000 € die Existenz der Frauenberatungsstellen sichern können.

Für die Frauenhäuser werden wir im kommenden Jahr knapp 10 Millionen €, also eine halbe Million zusätzlich, aufwenden. Dabei ist es völlig richtig und sinnvoll, diese Zuschüsse an Bedingungen zu knüpfen; denn die Verweildauer von Frauen in diesen Einrichtungen – möglicherweise mit ihren Kindern – sollte im Sinne der Eigenständigkeit und Mündigkeit der Frauen so kurz wie möglich sein. Es nutzt nichts, wenn die Frauen aus einer Abhängigkeit flüchten, um dann ein halbes Jahr oder noch länger in einem Frauenhaus zu leben. Ziel muss es sein, die Persönlichkeit zu stabilisieren und den Frauen den Weg in ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben zu ermöglichen.

Ich freue mich außerordentlich, dass wir im kommenden Haushaltsjahr den Startschuss für eine moderne Gleichstellungspolitik geben und auch männerpolitische Anliegen berücksichtigen. Nach dem Aktionsplan „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ stehen nun für die Entwicklung eines Aktionsplans „Gewalt gegen Jungen und Männer und LSBTI“ 100.000 € zur Verfügung, sodass dieser endlich in Angriff genommen werden kann. Das ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einer fairen und gerechten Gleichstellungspolitik. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneider. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Röckemann das Wort.

Thomas Röckemann (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Allein unter Frauen: Das wäre mir beinahe geschehen, als ich eines Tages unbeabsichtigt versuchte, zur Damenzeit in die Sauna zu gehen. Ich wurde – bestimmt zu meinem Glück und gut für meine körperliche Unversehrtheit – von einer resoluten Saunameisterin von meinem – das müssen Sie mir einfach glauben – Versehen abgehalten.

Heute bin ich im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen der einzige Mann. Das glaube ich zumindest. Die dort von meinen weiteren Mitausschussmenschinnen und -menschen vertretenen politischen Ansichten hinsichtlich der Geschlechtlichkeit haben mich dort – und nur dort – etwas unsicher werden lassen. Nach deren Weltbild müsste es eigentlich ein himmelschreiender Skandal sein, dass es dort nur einen Mann gibt; denn sie treten in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens dafür ein, dass staatliche Regelungen solche angeblich gravierenden Missverhältnisse verhindern.

Das fängt bei der sogenannten politisch und gender- oder geschlechtergerechten Sprache an. Ich widersetze mich und werde mich der Verschwurbelung nachfolgend nicht weiter bedienen.

„Quote“ ist auch ein wichtiges Thema meiner Ausschusskolleginnen. Aber, liebe Kollegen, ich habe bislang noch nicht vernommen, dass sich die Vertreterinnen der schon länger in diesem Hause sitzenden Fraktionen für eine Quote von zumindest 30 % für den unterrepräsentierten männlichen Abgeordneten in ihrem Ausschuss eingesetzt hätten.

Das kommt natürlich nicht von ungefähr, sondern hat seine Ursachen und Gründe. Hauptsächlich Grund ist in meinen Augen, dass die Leitmetapher „Gleichstellung“ etwas von einem Etikettenschwindel oder doch zumindest einer Vernebelung der Sachverhalte hat. Denn der ursprüngliche Ansatz hieß bei der Entstehung dieses politischen Themenbereichs keineswegs „Gleichstellung“, sondern schlicht „Frauenförderung“ bzw. als Titulierung der Fachabteilung im verflrossenen Ministerium von Frau Steffens sogar „Emanzipation“.

Schauen wir uns also den Haushalt für den Gleichstellungsbereich an. Er spricht Bände. Ausgaben gezielt für Männerangelegenheiten machen lediglich 150.000 € aus. Das entspricht einem Anteil von 0,3 %. Im Klartext: Der Frauenanteil an den Ausgaben beträgt 99,7 %. Das ist ungerecht; das ist diskriminierend. Wir lehnen den Haushalt daher ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Röckemann. – Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

– Art. 3 des Grundgesetzes. Das ist der Auftrag der Landesregierung. Mit dem Ihnen vorgelegten Haushalt werden wir diesem grundgesetzlichen Auftrag vollumfänglich gerecht, und zwar nicht nur für das Jahr 2018, sondern in der mittelfristigen Perspektive auch bis mindestens 2022. Ich sage „mindestens“, weil wir davon ausgehen, dass mit den Maßnahmen, die wir im Bereich „Frauen und Männer“ im Zusammenhang mit Gleichstellung vorsehen, in den nächsten Jahren hier in Nordrhein-Westfalen auf sehr viel Zustimmung stoßen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Frau Paul, Sie haben das Landesbeamtengesetz angesprochen. In der Tat: Mit Auftrag der Regierungsfractionen haben wir als Landesregierung als eine der ersten Maßnahmen § 19 Abs. 6 des Landesbeamtengesetzes geändert und den von Ihnen eingefügten Passus „wesentlich gleiche Eignung, Befähigung und Leistung“ zurückgeändert in den ehernen Beamtengrundsatz, dass bei Beförderungen „gleiche Eignung, Befähigung und Leistung“ zu gelten hat. Sie wissen doch selbst, vor wie vielen Gerichten Sie mit Ihrer Rechtsregelung gescheitert sind.

(Beifall von der CDU und Dr. Werner Pfeil [FDP])

Wenn Gerichte mehrfach feststellen, dass Ihr Gesetz nicht rechtstauglich ist, dann hat die nachfolgende Regierung das zu ändern. Das haben wir getan.

(Beifall von Dr. Werner Pfeil [FDP] – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Wenn Sie den Antrag von CDU und FDP gelesen haben, werden Sie, weil es Gegenstand der Beschlussfassung ist, doch auch vernommen haben, dass die Landesregierung beauftragt wurde, eine kurzfristige Evaluation durchzuführen. Sie kennen ja die Übersetzung des Begriffs „kurzfristig“: binnen 12 Monaten. Denn wir wollen natürlich – das ist der Anspruch der Landesregierung – eine wirksame und effektive Frauenförderung auf den Weg bringen.

(Frank Müller [SPD]: Vielleicht können Sie langsamer sprechen, damit wir das verstehen!)

Das werden wir auch noch in dieser Legislaturperiode tun.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das wäre schön!)

Sie dürfen sich insgesamt überraschen lassen, was da im Positiven auf den Weg gebracht werden wird.

Auch Ihren Beitrag, Frau Paul, in Bezug auf die Thematik „Gewalt und Frauen“ – ich erweitere es um „Gewalt und Männer“ – kann ich, offen gesagt, nicht ganz nachvollziehen. Weder wir beide noch Landesregierung und Bündnis 90/Die Grünen haben große Unterschiede in der Frage, was da eigentlich zu tun ist.

Wir haben viele neue Ansätze in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Was wir umsetzen, ist die Dunkelfeldstudie, mit deren Hilfe wir wissen wollen, warum Frauen Übergriffe nicht zur Anzeige bringen. Was hindert sie daran? Wir wollen wissen: Gibt es in Polizei und Justiz Abläufe, die dazu beitragen, dass eine Frau, die Opfer von Gewalt geworden ist, ein zweites Mal viktimisiert wird? Gibt es das in Nordrhein-Westfalen? Im Gegensatz zu Ihnen sind wir die Landesregierung, die an dieser Dunkelfeldstudie teilnehmen wird.

Wir haben gesagt: Wir wollen Interventionsketten bei häuslicher Gewalt auf den Weg bringen und in routinisierte Abläufe mit den Organisationen, Vereinen und Verbänden, die davon betroffen sind, kommen. Wir werden auch – das formuliere ich sehr deutlich – das spezialisierte Hilfeleistungsinstrumentarium, das uns in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung steht, einer wissenschaftlichen Untersuchung unterziehen, damit wir zu einer Bedarfsgerechtigkeit gelangen.

Dazu gehört auch, die stationären Frauenhausinfrastrukturen zu finanzieren. Dazu gehört ebenfalls, die Frauenberatungsstrukturen zu finanzieren. Dazu wird auf dem Weg zu Akutschutzplätzen für Männer auch die Erarbeitung eines Landesaktionsplans zur Gewalt gegen Jungen, Männer und LSBTI gehören.

Insofern: Wir setzen das Grundgesetz um. – Herzlichen Dank für diese Debatte.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Die Ministerin hat die Redezeit der Landesregierung um 5:41 Minuten überzogen. Gibt es aus dem Kreis der Fraktionen den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache, und damit sind wir auch am Ende der Aussprache zum Einzelplan 08 insgesamt angelangt.

Wir kommen zu den **Einzelplan 08 betreffenden Abstimmungen**.

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/1545**. Wer möchte diesem Änderungsantrag zustimmen? Die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die drei fraktionslosen Abgeordneten. Damit

ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über den Einzelplan 08. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1508, den Einzelplan unverändert anzunehmen. Deshalb stimmen wir über den Einzelplan 08 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer dem Einzelplan 08 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 08 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir kommen zur dritten Abstimmung, und zwar über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1437. Inzwischen haben sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, über den Antrag direkt abzustimmen. Diese direkte Abstimmung führen wir jetzt durch. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion und die fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Antrag Drucksache 17/1437** von CDU und FDP **angenommen**.

Wir sind am Ende der Abstimmungen, die den Einzelplan 08 betreffen.

Ich rufe noch einmal den **Einzelplan 14** auf zur Abstimmung über die **Anträge**, die wir vorhin wegen der abstimmungsfreien Mittagszeit ausgesetzt haben.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/1544. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die drei fraktionslosen Abgeordneten enthalten sich. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Änderungsantrag Drucksache 17/1544** der Fraktion der AfD **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 14. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/1514, den Einzelplan 14 unverändert anzunehmen. Sie kennen das Prozedere. Wir stimmen demzufolge jetzt über den Einzelplan 14 ab. Wer ihm seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen – demzufolge keine. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen**.

Wir sind damit mit den beiden Abstimmungsturns durch.

Ich rufe auf:

Einzelplan 04 Ministerium der Justiz

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/1504

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin erhält für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Kapteinat das Wort.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! So enttäuschend der Haushalt in vielen Bereichen ist – im Justizplan gibt es viele neue Stellen. Das ist erst einmal gut. Dabei sind auch viele sinnvolle Stellen, die wir zum Teil selbst schon so gefordert haben, zum Beispiel im Nachtragshaushalt 2017, und die wir daher ausdrücklich unterstützen.

Exemplarisch nenne ich die Stellen, die an den Verwaltungsgerichten geschaffen werden sollen. Das entspricht ziemlich genau unserer Forderung aus dem Nachtragshaushalt 2017 – eine gute und vor allem notwendige Maßnahme. Gerade die Verwaltungsgerichte sind derzeit besonders belastet. Stellen in der Justizverwaltung sind gute Stellen, die dringend gebraucht werden und die die Menschen entlasten, die dort unter Hochdruck sicherstellen, dass unser Rechtssystem seinem hervorragenden Ruf weiterhin gerecht wird.

Leider sind für uns nicht alle Stellen, die im Haushalt 2018 auftauchen, schlüssig und sinnvoll.

Nachdem bereits im Nachtragshaushalt 2017 neue Stabsstellen im Ministerium auftauchten, tauchen nun auch im Haushalt 2018 weitere Stellen im Ministerium auf. Fragen dazu werden ausweichend oder unzureichend beantwortet. Teilweise wird auf fehlende Erhebungen verwiesen. Denn unsere Frage nach tatsächlicher Besetzung einiger Stellen wollte das Ministerium offensichtlich nicht beantworten, wohingegen im Schulbereich extra neue Stellen für Statistiker geschaffen werden. Transparenz sieht anders aus.

Wir haben mittlerweile verstanden, dass der Minister der Justiz bestimmte Dinge gerne dem Ausschuss mitteilt und andere Dinge lieber direkt pressewirksam vermarktet. Das ist ein zweifelhafter Umgang mit dem Parlament, aber sicherlich eine bewusste Entscheidung. Wir können aber nur einem Haushalt zustimmen, der für uns klar und verständlich ist und bei dem alle Fragen beantwortet werden, insbesondere wenn wir wegen fehlender Unterlagen nur einen sehr kurzen Beratungszeitraum haben.